bringt, fortsetzen und den Kampf für die gerechten Forderungen der Arbeiter weiterführen."

Die „Fortführung" des Kampfes der Gewerkschaften bedeutet also die Abwürgung des Kampfes. Das revolutionäre Proletariat erwartet dies natürlich auch gar nicht anders. Die Gewerkschaften können nicht gegen die Grundlage kämpfen, auf der sie stehen. Der Kampf, der dem Proletariat aufgezwungen wird, ist naturnotwendig ein Kampf gegen die Gewerkschaften selbst, die die letzten Stützen dieser kapitalistischen Demokratie sind.

Proletarisches Notizbuch

„Helden des Friedens". Im Plenarsaale des deutschen Reichstages wurde am Himmelfahrtstage der 11. Kongreß des Weltverbandes der Völkerbundsgesellschaften eröffnet. Die kapitalistischen Patrioten erklären sich selbst als „die Helden des Friedens", die man genau so wie die „Helden des Krieges" achten müsse. Wir kommen dem hiermit nach.

Im sächsischen Kohlenbergbau fällte das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch, der durchschnittlich nicht ganz zwei Pfennige Lohnerhöhung vorsieht.

Borsig in Rumänien. Aus Bukarest wird gemeldet, daß zwischen den Malaga-Werken in Budapest und Borsig ein Uebereinkommen getroffen sei. Borsig ist die Umwandlung dieser Fabriken in eine Lokomotivfabrik übertragen, er selbst daran beteiligt. — Die billigen Löhne in Rumänien sind eine scharfe Konkurrenz selbst gegen die deutschen Proletarier, die die Patrioten in erhöhten Profit ummünzen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Im April d. J. waren 9,4 Prozent der versicherten Arbeiterschaft in Großbritannien arbeitslos. Der relativ geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich also fortgesetzt. Im Januar dieses Jahres waren 12,1 Prozent, im Februar 10,9, im März 9,9, und im April 1926 9,1 Prozent der Versicherten arbeitslos.

In der Berliner Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der verklausuliert die 51stündige Arbeitszeit festlegt und bis 31. Mai 1928 Geltung haben soll. Die Lohnverhältnisse selbst finden gar keine Erwähnung. — Die Industriellen machen so wie so was sie wollen, und die Gewerkschaften stehen vor keiner „unannehmbaren" Regelung.

Aus der Bewegung

Illegale Verleumder

Genosse Wingerning bittet uns um Veröffentlichung folgenden Artikels.

„Der Funke") herausgegeben von der KPD., ist nur für eingeweihte Funktionäre der KPD. bestimmt und in ihm werden Tips gegeben, wie sich die kleinen Helfer der Moskauer Bonzokratie in gewissen Fällen und zu manchen Fragen und Dingen zu verhalten haben. So ist in der Nr. 5 vom Mai d. J. auch eine Notiz „Genosse Wingerning" betitelt, die mich treffen soll. Man hat mir die fragliche Nr. nicht etwa zukommen lassen, sondern ich habe sie nur zufällig und durch „Vertrauensbruch" erhalten. Anscheinend sollte sie mir gar nicht zu Gesicht kommen. Es sollte genug sein, daß die Funktionäre der KPD. instruiert sind.

Ich „KPD.-Funke" macht es sich sehr leicht. Er behauptet kurzweg: „Aber W. scheint sich von den Führern dieser Gruppe (der KAP.) sofort zum Kampf gegen die KPD. gebrauchen zu lassen." (Eben sofort nach seiner — W.s Entlassung aus der KPD.) Ich kann demgegenüber nur feststellen, daß ich mich von niemanden gebrauchen lasse. Meine gegnerische Stellungnahme zur KPD. ist alt und datiert 6 volle Jahre zurück — in die Zeit, als ich nach meiner ersten Inhaftierung frei wurde, und mich zur KPD. — (welche sich damals gerade in KPD. und KAPD. getrennt) fand und, sofern ich nicht sofort freiwillig zur KAPD. und AAU. gegangen, glatt aus der KPD. wie aus dem ZdA. herausgeflogen wäre. Der so famose Veteran der KPD., Reuter-Friesland, heute wohlbestallter Stadtrat der SPD.-Kapitalisten, war damals ein ebenso tüchtiger Parteisekretär wie das die Herren von heute in der KPD. sind. Im Zuchthaus hat sich meine Stellungnahme nie geändert, wie gelegentliche Besuche und Korrespondenzen ergaben. Meine jüngsten Erfahrungen mit der KPD. und was da drum herum, also, nach meiner diesmaligen Freiwerdung, waren völlig unabhängig von irgendwelcher persönlichen Fühlungnahme mit Genossen von der KAPD. oder den linken Gruppen, mit denen ich irgendwie konform gehe.

Weiter: „. . . . , wobei er sich auch der in der KAPD. gebräuchlichen Mittel der Lüge und Verleumdung bedient . . ." Gerade Herren von der KPD. dürfen so reden. Gerade sie. Nirgendwo wird derartig mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung gearbeitet, als in der KPD. Das weiß heute jeder politisch interessierte Mensch.

Also, es ist wohl „Lüge und Verleumdung", wenn man sagt, die Herren Pieck und Brandler hätten im März 1921 die Aktion abzuwürgen versucht. Sie haben nicht nur das getan, sondern sie haben einfach und glatt den offenen Kampf abgeblasen, damit die Arbeiter in Mitteldeutschland verbluten mußten. Das Gleiche hat sich ja 1923 in Hamburg ebenso wiederholt. Eine Tatsache, die heute ebenso aktenkundig ist. Hat nicht der Herr Brandler in seinem Prozeß nach der Märzaktion 1921 selbst gesagt, daß das Zentralkomitee der KPD. gar nicht den offenen Kampf zur Unterstützung des mitteldeutschen Aufstandes habe haben wollen, sondern daß es die „Diktatur des Proletariats" mit gesetzmäßigen Mitteln", also Mehrheitsbeschluß des Parlaments, habe aufrichten wollen. Will der „KPD.-Funke" etwa behaupten, daß der ihm doch sehr nahestehende Herr Brandler lügt und die KPD. verleumdet, so, wie man das nun mir und der KAPD. überhaupt vorwirft? Es sind Zeugen genug da, die von der KPD. noch nicht gekauft, welche die Ausführungen der KPD.-Herren Pieck und Brandler in der fraglichen Versammlung im Friedrichshain im März 1921 mitangehört haben. Da gibt es nichts zu deuteln. Und als die KPD.-Zentrale, noch gemeinsam mit der KAPD. und AAU. zur Betriebsbesetzung in Berlin aufrief, weil die Massen danach drängten, da hat sie ebenso inoffiziell ihre Gegenparolen herausgegeben, so daß naturgemäß wiederum nur fast ausschließlich die Gefolgschaft der KAP.-AAU. an dieser Aktion teilnahm, so daß sie ziemlich wirkungslos verpuffen mußte. Das sind Tatsachen, welche nicht abzuleugnen sind, besonders nicht mit Flegeleien, wie sie sich die Etappenschweine der KPD. jetzt mir gegenüber angelegen sein lassen. Daß es ferner eine „völlig unwahre Behauptung" von mir sein soll, der ermordete Genosse Sylt habe sich wegen der Sabotage der Kampfaktionen von Seiten der KPD.-Leitung von der KPD. abgewandt, wäre zu mir gekommen und hätte sich mit mir verbunden, sich also der KAPD.-AAU. angeschlossen, das läßt sich freilich nicht überbieten. Sylt ist tot. Ob die KPD. ihn für sich beansprucht, um Parteireklame zu machen, ist gleichgültig, obgleich auch dieses Handwerk der KPD. noch gelegt werden soll. Aber die Tatsachen als solche sind einmal da. Sylt kam zu mir und er war unter tschetischer Berater. Er erklärte wiederholt, daß er mit der KPD. deshalb verfallen, weil man dort seine praktischen Aktionsvorschläge entweder glatt ablehne, oder aber sabotiere. Ich selbst habe allerdings vor Gericht nicht über Sylts Beteiligung ausgesagt. (Trotzdem ist dem Gericht und der Polizei durch andere Aussagen alles bekannt geworden.) Ich schweige prinzipiell vor Gericht und auch sonst, wie das unter Revolutionären so sein soll. Zudem ist mir auch naheliegt worden, darüber zu schweigen. Es sollte nicht der Schein der Berechtigung für die Ermordung Sylts der Bourgeoisie in die Hand gegeben werden. Denn die Ermordung Sylts ist trotzdem ein Verbrechen, wie eine jede andere Ermordung von Revolutionären durch die herrschende Bourgeoisie Verbrechen ist. Aber frage man doch die gewiß unverdächtigen Zeugen in dieser Sache, die Rechtsanwälte Victor Fränkel und J. Broh. Ferner Felix Halle, der zur KPD. gehört und damals Berichterstatter der „Roten Fahne" war. Es kann eben nicht auf die Dauer geduldet werden, daß die KPD. das Wirken und Wollen Sylts umfälscht. Es haben im Verlauf der Märztage 1921 eben sich prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Sylt und der Leitung der KPD. (Pieck-Brandler etc.) ergeben.

Es ist ohne Zweifel, daß es Leute gibt, die mit dem lebenden Genossen Sylt eine engere Gemeinschaft gehabt haben als ich, der ich auch damals lange Zeit eingesperrt gewesen. Aber, wenn der „KPD.-Funke", nur kurz gesagt: „Wingerning hat dagegen nicht die geringste Gemeinschaft mit Sylt gehabt", so soll das wohl soviel bedeuten, als: „Wingerning ist ein politischer Hochstapler, der sich mit der Bekanntschaft großer, oder doch bekannter Genossen brüstet." Es geht den KPD.-Herren eben darum, daß die Mitglieder der KPD. und des RFB., welche wegen der Behandlung, die man mir nach meiner Entlassung aus der Haft von Seiten der bestimmenden KPD.-Presse hat angedeihen lassen, am Grabe Sylts sowohl, wie auch sonst, opponiert haben, beruhigt werden. Es sind nicht alles nur junge, unreife und unaufgeklärte Proletarier in der KPD. und im RFB., welche von einem Tatrevolutionär, der 6 bezw. 8 Jahre eingesperrt, nichts wissen, sondern auch solche da, welche mich von früheren Zeiten gut genug kennen, weil sie Schulter an Schulter mit mir gestanden. Auch solche Genossen sind heute noch in der KPD., welche früher der KAPD. und mit mir der gleichen Gruppe angehörten, die aber über die Umstände Sylt-Wingerning usw. so gut im Bilde sind, wie die hohen Herren innerhalb der KPD. Es ist darum ein großer Krach in einigen Bezirken der KPD. und des RFB. und RH. wegen der schroffen Handlungsweise gegenüber dem nun endlich entlassenen politischen Gefangenen Wingerning, dem engen Tatgenossen Sylts, gewesen, der sogar zu den üblichen Ausschlüssen geführt, bezw. noch führen wird. . . Ich selbst lehne es ab, mich auf Jemanden zu berufen, auch nicht auf Sylt. Ich war das, was ich heute ebenso bin, lange, bevor ich Sylt kannte und, obgleich auch ich den jüngeren Jahrgängen zuzuzählen, lange, bevor Sylt und andere, die Sylt gleichgestellt zu werden wünschten, das waren. Aber, was geschehen ist gewesen und Tatsachen umzufälschen und für ihre reformistischen Parteiparolen zu mißbrauchen, darf der KPD. und dem RFB. und der „Roten Hilfe" nicht weiter ohne Widerspruch gestattet werden. . . Man soll den gemordeten Revolutionär Sylt so darstellen, als wie er gewesen. Das will ich und nichts anderes und das verlange ich.

Was die Verschleierungs- und Ablenkungsversuche des „KPD.-Funken" wegen der unterschlagenen Gelder, für die Witwe und und die Kinder Sylts angeht, so bleibt bestehen, daß große Beträge für Sylts Hinterbliebene von der Arbeiterschaft aufgebracht worden sind, da die KPD. (Rote Hilfe) diese Gelder zur treuen Hand bekam, daß die kranke und gelähmte Frau Sylt mit ihren Kindern Not leiden mußten, während man nichts für sie tat und die Gelder der Arbeiterschaft später angeblich verfallen ließ — in Wahrheit für unkontrollierbare Zwecke von unkontrollierbarer Hand verbraucht hat. Warum gibt man nicht den Rechenschaftsbericht über diese Gelder des Sylttondes? Warum spricht man in der Presse und auf den Tagungen der „Roten Hilfe" darüber hinweg? Warum ladet man die Witwe Sylts und ihre Kinder nicht zu den Sitzungen, in denen Rechenschaft abgelegt wird? Warum ladet man mich nicht dazu, obgleich ich darum gebeten und obgleich man mir das auch zugesagt?!! Man soll mir nicht vorwerfen, ich gäbe mir keine Mühe, den Fall des unterschlagenen Syltfonds nachzuprüfen. Ich habe mir alle Mühe deswegen gegeben und gebe mir sie noch. Aber die KPD. und „Rote Hilfe" lassen nichts nachprüfen. Man scheut. Weil man zu scheuen hat.

Im übrigen ist es eine richtige typische KPD.-Flegelei, die unglückliche Witwe Sylts zu beschimpfen und zu verdächtigen. Das Verhältnis eines Genossen zu seiner Familie kann leicht einen Schatten auf ihn selber werfen . . . Frau Sylt war Mitglied der Kommunistischen Partei und zwar entgegen den Willen ihres Mannes. Die damaligen Funktionäre des KPD.-Bezirkes, Kassierer Schröder u. a., können das wohl bestätigen. Wenn die Witwe Sylts „gehässig-gegnerisch" zur proletar-revolutionären Bewegung eingestellt gewesen wäre, so hätte sie nicht die Jahre hindurch in Aechtung, Krankheit und Not geschwiegen, wo sich kein Mensch von den „Reklamegenossen" ihres ermordeten Mannes um sie und ihre Kinder gekümmert hat, sondern sie wäre zur SPD. oder gar noch weiter rechts gegangen, wo man ihr wohl die Presse, wie auch gar die Börse offengehalten hätte. Ich glaube, daß dieses wohl mehr für als gegen die Frau Sylt spricht. Wohl aber ist festzuhalten, daß Frau Sylt heute in Feindschaft zur „Kommunistischen Partei" und „Roten Hilfe" steht.

Die „KPD.", die „RH." und der „RFB." — empfangen entlassene politische Gefangene und verpriigeln gleichzeitig entlassene politische Gefangene.

Am Himmelfahrtstage mittags kamen einige entlassene politische Gefangene von Kottbus am Ostbahnhof an. Eine Gelegenheit für die „KPD.", die „RH." und den „RFB." demonstrativ aufzuziehen und reklamehaften Mißbrauch mit der Ehre revolutionärer Klassenkämpfer, die für ihre Ueberzeugung und ihre Taten im Interesse des aufstrebenden Proletariats im Kerker gekommen, zu treiben.

Auf Anregung einiger Freunde, die zur KPD., RH. und RFB. gehören, fanden auch wir uns als neutrale Zuschauer zur Zeit ein. Der Wissenschaft halber, besonders, wenn man seit Jahrelang von der Außenwelt abgeschlossen gewesen, muß man derartiges sich doch wenigstens einmal ansehen ohne sich damit gemein zu machen.

Und richtig, der Film läuft ab: Musik spielt, Reden werden gehalten. „Rosa Front" gebrüllt. Wir haben uns wohlweislich auf eine neutrale Verkehrsinsel zurückgezogen. Aber nun verlangt man von mir, daß ich ebenfalls in das „Rosa-Front"-Gebrülle einstimmen soll und den Hut abnehmen und ihn in die Luft schwenken. Wie komme ich dazu, wenn irgendwelche Etappenbonzen der „Kommunistischen" Partei Reden schwingen und den Ton zum Hochrufen angeben, mitzumachen? Erst recht auf dem neutralen Fleck eines öffentlichen Verkehrsplatzes, der nicht von der KPD. gekauft, noch gemietet und wo auch noch nicht „Diktatur der Kommunistischen Partei" allein tonangebend ist. Schon aber fallen mich und meine Frau die „Ehrensoldaten" vom „RFB." hinterrücks mit Masse an, schlagen mich und meine Frau, die wir uns natürlich wehren und treiben uns und die, welche sich mit uns solidarisieren, mit Gewalt und brutaler Stoßen durch ihre Reihen in die Hände der Sipo, die den Platz umstellt hat.

Die „Tscheka" der KPD., RH. wie des RFB. funktioniert eben und arbeitet unter guten Regisseuren. Es war das gleiche, wie man vor kurzer Zeit die Oppositionellen um Korsch vor einem Lokal in der Lindenstraße abgefaßt und mit Gummiknüppeln verprügelt hat. Es wird eben der Befehl dazu von oben herab gegeben. Und die Mitglieder gehorchen aufs Wort, ohne daß sie näher wissen oder fragen, was ist, oder was das bedeutet. Es ist wie bei den Preußen, wo die Rekruten dazu gedrillt und kommandiert wurden, ihre eigenen Kameraden, die mißliebig bei den Oberen waren, sich also gegen die „Disziplin vergangen" — „Spießruten" laufen zu lassen. Ganz genau so wird die Truppe der „Kommunistischen" Partei und der „Roten Hilfe", dieser berüchtigte „Rote Frontkämpferbund" einexerziert.

Es waren eben genügend Leute da, welche sich kannten oder erkannt hatten. Man hat es mir nicht vergessen, daß ich vor erst kurzer Zeit nach 6 Jahren Zuchthaus entlassen, diesen demonstrativen Ehrenempfangshumbug durch die PKD., die RH. und den RFB. usw. abgelehnt, weil ich genügend Ursache dazu hatte und auch stets Stellung gegen diese Gruppen und Organisationen nehme. Ich muß die Gegenstellung einnehmen, weil deren Verhalten zu den politischen Gefangenen nicht nur ein heuchlerisches, sondern auch ein nur im eigenen alleinigen Interesse der Moskaupolitik günstiges ist. Auf dem ganzen Platz wurde von den „Helfern der Roten Hilfe" die Nr. 6 von „Der Rote Helfer" verkauft, welche ein großes Bild von mir, mit der entsprechenden Notiz bringt. Nun begreife ich erst recht, warum man sich „hintenherum" ein Bild von mir besorgte, nachdem ich die Herausgabe eines solchen abgelehnt und auch den beauftragten Photographen wieder fortgeschickt. Ueber 8 Wochen hat man gebraucht, um meine Entlassung aus der Haft im „R. H." nur zu registrieren, während die offizielle KPD.-Presse überhaupt keine Notiz davon genommen. Nun, da ich weder ideell noch materiell von der Moskauer Bürokratie mich habe einfangen lassen, nun gibt man den „Steckbrief über mich heraus, den man heuchlerisch mit einigen „Solidaritätsphrasen" verbrämt. Es ist ja so leicht, eine Masse gegen Einzelne aufzuputschen. Wie man am 8. Mai am Grabe Sylts den Befehl gegeben, mich auf jeden Fall fortzustreiben, so mußte auch hier der „geheime Ordnungsdienst der Moskauer Heilande" eingreifen. Obgleich ich völlig passiv auf dem neutralen Fleck mich befand, so konnte man doch nicht wissen, was etwa noch werden könnte. Am Ende hätten mich gar die nun freigewordenen Klassenkämpfer von Kottbus im Vorübergehen erkannt und wir hätten uns dann begrüßt. Das hätte gar ein trübes Bild abgegeben; nicht gut für die KPD.-Presse zu verwerten. . . .

Noch nachher wollten einige KPD.- usw. Leute über uns herfallen. Man hatte alles versucht, um uns der Sipo als „Ruhestörer" zu denunzieren. Wäre die „KPD.-Sipo-Zelle" zur Stelle gewesen, so wäre das zweifellos auch geglückt. Man wußte nur zu gut, daß ich mit Jährliger Bewährungsfrist aus dem Zuchthaus entlassen und daß, sofern ich mir 4 Wochen nur eine Strafe irgendwelcher Art (Widerstand etc.) hole, ich den Rest meiner Strafe, soweit er nicht durch die Amnestie teilweise gelöscht, von 3½ Jahren Zuchthaus nachmachen muß. Darauf ging man aus! Man heuchelt für die Freiwerdung der politischen Gefangenen. Aber nur, soweit sie sich für die Moskauer Politik gebrauchen lassen. Und auch den jetzt freigewordenen Klassengenossen aus dem Kottbuser Gefängnis wird es ebenso ergehen: sobald sie gegen die offizielle Moskauer Politik opponieren wollen, werden sie so gut verprügelt, der Sipo übergeben und wieder ins Kitchen gebracht, als man das mit mir tut oder noch zu tun gedenkt. Das ist der Sinn dieses ganzen Ehren-Empfangs-Rummels von der KPD., der Roten Hilfe, dem RFB. usw.

26. Mai 1927. Ewald Max Wingerning.

Mitteilungen

Köln.

Die Ortsgruppen Köln der KAP. und AAU. tagen jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal „Berekoven", Schaffenstraße. Hier werden auch Bestellungen auf „KAZ." und „Kampfruf" entgegengenommen.

München.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft. Auskunft erteilen die Zeitungsobleute der AAU. und KAP.

Forst.

Am Mittwoch, den 1. Juni, abends 7,30 Uhr, im Lokal Eden, öffentlicher Diskussionsabend. Thema: Taktik, Massenorganisation und Grundfragen der Revolution.

Sympathisierende und „KAZ."-Leser sind eingeladen.

Groß-Berlin

KAJ., Gruppe Charlottenburg.

Am Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr, findet eine

Mitglieder-Versammlung

im Jugendheim, Am Lützow, in der Baracke statt. Alle Genossen müssen erscheinen. Die Gruppenleitung.

KAJ., Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 9. Mai, abends 7,30 Uhr, findet eine

Mitglieder-Versammlung

im Lokal Koch, Charlottenburg, Schillerstr. 75, statt. Alle Genossen müssen bestimmt erscheinen. Der BAA.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Bestell-Zettel!

Ich bitte hiermit um 2-malige kostenlose Probezustellung der

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 16, Lausitzer Platz 13 zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

8. Jahrg. Nr. 42

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Juni 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis zum 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Zum III. Reichstreffen des RFB.

Es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß der „Pfingstaufmarsch" des RFB. den Maiaufmarsch der Hakenkreuzler sowohl an zahlenmäßiger Stärke, als auch bezüglich der Sympathie, die er unter den Arbeitern auslöst, weit übertreffen wird. Aber ebenso sicher ist, daß es bei dem „Aufmarsch" bleiben wird. Der Pfingstaufmarsch wird rein äußerlich gesehen eine „wuchtige Demonstration" werden. Aber der Ausgangspunkt wird sein, — zu einem neuen Aufmarsch zu rüsten. Und ein groß Teil der Genossen (das Wort Kameraden riecht uns allzu sehr nach preußischem Kommis), der etwas weiter denkt, wird wohl auch das Gefühl nicht mehr los, daß die geistige Rüstung der wirkliche Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse für sie noch ein dunkler Weg ist. Der größte Teil der RFB.-Genossen macht sich darüber überhaupt keine Gedanken. Und weil das revolutionäre Proletariat weiß, daß die Quantität niemals die Qualität ersetzen kann, benützen auch wir, die KAPD., diesen Anlaß, um vom Standpunkt des revolutionären Proletariats das zu sagen, was die KPD., die RFB.-Genossen, was das ganze Proletariat wissen muß, wenn es siegen will. Wer sich dieser Stimme hartnäckig verschließt, wer, ohne zu wissen, was ihm die KAPD. zu sagen hat, eine feindliche Haltung einnimmt, der ist kein Klassenkämpfer, ist kein Revolutionär.

Eine Organisation kann nur beurteilt werden nach ihrem Programm! Mögen einzelne hundertmal beteuern, daß sich der RFB. von keiner Partei „Vorschriften" machen läßt. Das ist alles fauler Zauber! Wir wissen wohl, daß viele ehemalige KPD.-Arbeiter aus der KPD. austraten und im RFB. untertauchten, weil sie in dieser oder jener Frage anderer Meinung waren. Aber darauf kommt es gar nicht an. Der RFB. ist keine „unpolitische" oder „überparteiliche" Vereinigung, so sehr das auch den naiven Proleten einzureden versucht wird. „Unpolitisch" sein, das heißt in der Epoche der proletarischen Revolution politisch charakterlos sein, wäre die Verkörperung politischer Feigheit. Das wollen wohl zu sich die meisten nicht, wenn auch ein groß Teil tatsächlich unpolitisch, das heißt politisch unwissend ist, und nur wegen der Musik und Geselligkeit, wegen der Paraden und der Uniform mitmacht. Und „unparteiisch" ist der RFB. deswegen nicht, weil einmal die Leitung des RFB. und die der KPD. eine Personalunion darstellt, und zweitens der RFB. programmatisch zu keiner Frage von dem Programm und der Taktik der KPD. abweicht. — Da, wo Genossen eine von der KPD. abweichende politische Auffassung haben und darum kämpfen, wurden sie, und werden sie ausgeschlossen. An sich hat natürlich jede Organisation das Recht, mit jeder Jammer darüber ist vollkommen sinnlos, Mitglieder auszuschließen, die gegen das Programm der Organisation handeln. Aber das ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß man, wenn man grundsätzlich zum RFB. Stellung nehmen will, zum Programm der KPD. Stellung nehmen muß. Daraus ergibt sich alles weitere.

Im Mittelpunkt der ganzen Politik und damit auch der Parolen und Kundgebungen des RFB. steht der englisch-russische Konflikt. Die Parole des Tages lautet: „Hände weg von Rußland", „Kriegsgefahr". Aber daß mit einfachen Schlagworten nichts bewiesen ist, zeigen ja die Vorgänge in China. Die KAPD. hat von vornherein nachgewiesen, daß die Kuomintang die Partei der chinesischen Bourgeoisie ist, und die Parole: „Hände weg von China" also bedeute: „Hände weg von der chinesischen Bourgeoisie!" Man hat von Seiten der III. Internationale diejenigen, die den Standpunkt vertraten, daß das chinesische Proletariat als ein Teil des Weltproletariats kämpfen müsse, daß es seine eigene Partei herausbilden müsse, weil der Kampf auch gegen die eigene Bourgeoisie auf der Tagesordnung steht, als „Agenten Chamberlains" angepöbelt, und immer lauter gebrüllt: „Hände weg von China, Hände weg von der Kuomintag". Mit dieser Phrase hat man die Schang-Kai-Tschek, die chinesischen Faschisten, gestärkt, hat sie den Arbeitern als die „revolutionären Führer" aufgeschwätzt, hat den Arbeitern organisatorisch und ideell das Rückgrat gebrochen, und sie der Konterrevolution ausgeliefert. Die RFB.-Genossen haben diese Faschisten und ihre Helfershelfer auf ihren Schultern reiten lassen, auf die Fahne der Kuomintang geschworen. Und inomentan wütet der weiße Terror dieser Kuomintang ungehemmt unter den Arbeitern. Jeder der irgendwie verdächtig ist, im Interesse der Arbeiter zu wirken, dessen Kopf ist dem Henker verfallen. Die III. Internationale und die KPD.-Führer machten sichs allerdings leicht. Sie stempelten Tschang-Kai-Tschek zu einem „Verräter". Aber es zeigte sich, daß dieser „Verräter" imerhalb der Kuomintang einen solchen Rückhalt hatte, daß er die Vorhut der Arbeiterklasse im buchstäblichsten Sinne des Wortes ausrotten konnte. Und wie die Zeitungen melden, steht die Vereinigung zwischen „rechtem" und „linkem" Flügel der Kuomintag vor der Tür. Die Kuomintang hat eben nicht die Interessen des Proletariats „verraten". Sie hat niemals proletarische Interessen vertreten, sondern stets die Interessen der Bourgeoisie. Verrat haben jene geübt, die das Proletariat dem Henker auslieferten, um hinterher vom „Verrat" zu schreien, um sich selbst zu rechtfertigen.

Diese Parole: „Hände weg von China!", die in Wirklichkeit die Wiederkäuung sozialdemokratischer Redensarten ist, zeigt schon den krampfhaften Versuch, die wirkliche Sachlage zu verschleiern, um eine konterrevolutionäre Taktik zu rechtfertigen. Den chinesischen Arbeitern ist mit dieser Phrase nichts geholfen. Den chinesischen Arbeitern ist nur geholfen, wenn die englische Arbeiterklasse den Krieg gegen die englische Bourgeoisie entfesselt. Das wiederum setzt voraus, daß die III. Internationale ihre ganze Aktionskraft, ihre ganze Propaganda, ihren ganzen Einfluß aufbieten müßte, um diese Erkenntnis in die Hirne der englischen Arbeiter einzuhämmern. Aber hier stoßen wir gleich auf den wunden Punkt und die aktuelle Frage. Rußland will „Frieden". Schon im englischen Streik hat Moskau alles getan, um den Streik so zu führen, daß er sich in dem reformistischen Hungerkreislauf ausblutete. Rußland hat wohl Geld geschickt, aber der Zweck der Unterstützung war nur die Hinauszögerung. Es wollte keine revolutionäre Taktik anwenden, um den „Frieden" mit der englischen Bourgeoisie nicht zu stören. Es bedauert auch jetzt, nach der Provokation der englischen Regierung, daß es den „Frieden" will, und nicht den Krieg. Aus diesem Grunde unterläßt Rußland alles, um der englischen Regierung keine „Argumente" zu liefern, und ist stolz darauf, daß man ihm nichts nachweisen kann. Aber eine „Internationale", die dem Klassenfeind keine „Argumente" liefern will, ist in Wirklichkeit keine Internationale. Sie ist keine Organisation des revolutionären Proletariats!

Diese Politik der Bündnisse mit kapitalistischen Ländern gegen andere kapitalistische Länder hat außerdem noch eine andere Seite. Die deutsch-russische Freundschaft hat zur Bewaffnung der Reichswehr geführt. Von 1921 bis 1926 bezog die deutsche Reichswehr ihre Waffen aus Rußland. „Bündnis" bedeutet eben gegenseitige Unterstützung, und „im Prinzip" — sagte Bucharin auf dem 4. Weltkongreß — „ist kein Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis". Er sagte weiter, daß im Falle eines Bündnisses Rußlands mit einem anderen kapitalistischen Staat die Kommunisten die Pflicht hätten „zum Siege des Blocks der beiden Verbündeten beizutragen". So enthält die Parole „Hände weg von Rußland" im tiefsten Kern den Burgfrieden des Proletariats mit der eigenen Bourgeoisie. Das war auch der Sinn der Taktik in China. In der Türkei wurden im türkisch-griechischen Krieg die revolutionären Arbeiter, die den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnahmen, mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Fragt doch einmal, Genossen des RFB., warum die „Rote Fahne" keine Zeile bringt über die Greuel der türkischen Schlächter am Proletariat! Fragt doch einmal!!

„Hände weg von Rußland" enthält für das revolutionäre Proletariat dieselbe Frage wie: „Hände weg von China", „Hände weg von der Türkei". Wir fragen, von wem „Hände weg"? Von dem russischen Proletarier, der immer ärmer wird, während Kulak und Nepmann immer reicher werden? Der russische antirevolutionäre Kurs ist nicht das Werk böser Menschen. Er ist bedingt von den konterrevolutionären Klassen in Rußland selbst. Das Rußland der russischen Oktoberrevolution ist nicht mehr. Das heutige Rußland ist das Rußland der Bauern, der Warenwirtschaft, der Lohnarbeit. Die russische Regierung ist die Regierung der konterrevolutionären Klassen in Rußland! Das revolutionäre Proletariat jedoch hat keine Gemeinschaft mit der Konterrevolution. Deswegen ist für das revolutionäre Proletariat die Frage des Krieges die Frage des Kampfes aller Proletarier der Welt gegen ihre „Väterländer".

(Schluß Seite 2.)

Allerdings „Kampf um die Macht"

Die Kieler Oppositionsbeschwörung.

Der eben beendete Kieler Parteitag der SPD. ist in vieler Beziehung äußerst lehrreich für die klassenbewußte Arbeiterschaft. Er ist aufschlußreich über die gegenwärtige Gesamtsituation, über die Rolle der SPD. und das starke Anwachsen einer radikalen Opposition der SPD.-Arbeiter. Und nicht zuletzt über die Höchstleistungen der Infamierung des Marxismus, die die sozialdemokratischen Führer bei der „theoretischen" Begründung ihrer opportunistischen, kleinbürgerlichen Praxis immer von neuem überbieten. Hermann Müller war es, der das zum Ausdruck brachte, indem er zu Toni Sender sagte: Wir haben Hilferding, den besten Theoretiker, und Severing, den besten Praktiker: mein Liebchen, was willst Du mehr? Er hätte weiter sagen müssen: Wir haben auch Dich, Toni Sender, die beste Oppositionsmimerin; die heilige Dreieinigkeit ist da, die mit verteilten Rollen kleinbürgerliche Politik macht und die Arbeiter damit einseift.

Bestimmte Kreise vornehmlich der Jungsozialisten sind hemmungslos genug, den „doktrinären" Marxismus offen abzulehnen. Ethischer, psychoanalytischer und ähnlicher „Sozialismus" ist ihrer Meinung besser geeignet, den Rahmen für die opportunistische Praxis der SPD. abzugeben, als der Versuch mit herausgerissenen Brocken von Marx, der der Praxis unnötige Hemmungen auferlegt und dabei die Oppositionsgelüste der marxistisch versuchten Arbeiter angenehmen vermehrt. Doch das kann man sich heute noch nicht leisten. Darum mußte Hilferding den Marxismus nach Kräften umbiegen und besonders die Marxsche Staatstheorie vollkommen auf den Kopf stellen.

Gleich zu Beginn leistet dieser „Marxist" sich eine haarsträubende Demagogie. Er lehnt jede „ökonomische Zusammenbruchstheorie" ab und erlaubt sich dann folgendes Stück: „Wir sind von jeher der Meinung gewesen, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nicht fatalistisch zu erwarten ist, auch nicht eintreten wird aus inneren Gesetzen dieses Systems, sondern daß er die bewußte Tat des Willens der Arbeiterklasse sein muß. Marxismus ist nie Fatalismus gewesen, sondern im Gegenteil höchster Aktivismus". Wir sind selbstverständlich gleichfalls der Auffassung, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus sich nicht automatisch vollzieht, sondern der Sturz des kapitalistischen Systems „durch die bewußte Tat des Willens der Arbeiterklasse" erfolgen muß. Nur läßt sich das aus sozialdemokratischem Munde etwas — demagogisch an, wo die SPD. die fatalistische Auffassung von dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus zu ihrem Leitprinzip erhoben hat. Wir werden gleich sehen, warum.

Hilferding geht auf die Entwicklung des Kapitalismus von der individuell anarchischen Produktion zur organisierten der Kapitalmonopolisten ein und behauptet dann: „Organisierter Kapitalismus heißt Ersatz des kapitalistischen Prinzips, das freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit, durch gesellschaftliche Regelung." Was heißt das? Wohl ist der monopolistische Kapitalismus eine höhere Entwicklungsstufe, die auch die organisatorisch-technischen Voraussetzungen für den Sozialismus schafft. Doch der Kapitalismus kann nicht das sozialistische Prinzip der planmäßigen Produktion und Verteilung nach dem Bedarf übernehmen, es kann dann, daß er sich selbst entgegen wirkt, dem Kapitalismus nicht nicht friedlich und allmählich zum Sozialismus entwickeln, weil er auf der Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln und der privaten Aneignung des Mehrwerts beruht. Die inneren Widersprüche, Wirtschaftskrisen, politischen und imperialistischen Konflikte müssen sich gerade in dem Gegensatz zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung verschärfen. Diese elementare marxistische Erkenntnis, die Friedrich Engels in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" populär darstellt, besteht für Herrn Hilferding nicht.

Nach dieser Voraussetzung geht er weiter: „Es treten sich gegenüber auf der einen Seite die kapitalistisch organisierte Wirtschaft, auf der anderen Seite die Staatsorganisation. Das Problem der Zeit ist, wie wir die gegenseitige Durch-

dringung gestalten. (!) Unserer Generation ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Rumänisierung der kapitalistischen (!) Wirtschaft zu organisieren und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem des Kapitalismus gestellt wird." Trotz der äußerst kautschukartigen Verklauselierung ersieht man literaus, daß kapitalistische Wirtschaft der Staatsorganisation, dem demokratischen Staat gegenübergestellt wird. Der demokratische Staat soll die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft organisieren". Damit soll die kapitalistisch organisierte Wirtschaft umgewandelt werden in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Ist der bürgerlich-demokratische Staat etwa ein „sozialistisches Element"? Hilferding bringt hier ein neues Kunststück fertig. Er sagt: „Der Staat ist selbstverständlich die Organisation der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Aber gerade im marxistischen Sinne ist das keine Staatstheorie (!), weil es auf alle Staatsformen zutrifft (!), und der Marxismus gerade den Unterschied zwischen den einzelnen Staatsformen zu erfassen sucht. Die Engländer philosophieren gar nicht über den Staat, sondern über die Regierung." Man kann es Herrn Hilferding nicht verdenken, daß er über den Staat nicht „philosophieren" möchte. Denn hier ist der wunde Punkt, der seine ganze mühselige theoretische Schusterei über den Haufen wirft. Nach Hilferding ist die marxistische Staatstheorie deshalb nicht marxistisch, weil sie bei allen Staatsformen richtig ist. Das ist natürlich grober Unsinn. Selbstverständlich beschränkt der Marxismus sich nicht darauf, allgemein den Charakter des Staates überhaupt zu offenbaren. Vielmehr sieht er seine Aufgabe darin, nachzuweisen, daß die spezifisch bürgerlich-demokratische Staatsform der politische Ueberbau ist der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise und die bestgeeignete Form zur Ausübung und Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Selbstverständlich sind die Regierungen Ausdruck bestimmter Kräfteverhältnisse zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Das ändert nichts am Charakter des bürgerlichen Staates und der betreffenden Regierung als Vollzugsorgan der Kapitalistenklasse.

Hilferding mißt nun — um aus dem Dilemma irgendwie herauszukommen — der Demokratie eine ganz besondere Note bei. Er behauptet: „Historisch betrachtet ist die Demokratie stets die Sache des Proletariats." Begründung: Proletarierblut ist dafür geflossen. Halbmeblchen ist die Behauptung, daß es historisch irreführend sei, von bürgerlicher Demokratie zu reden. Aeußerst interessant ist es, wie Hilferding die demokratische Hindenburgrepublik dem wilhelminischen Kaiserreich gegenüberstellt: „Früher war der Wille des deutschen Reichstags eine Bagatelle, wenn sich ihm entgegenstellte der Wille des Militarismus, der hohen Bürokratie, des Monarchen. Jetzt ist tatsächlich die Bildung des Staatswillens nichts anderes als die Zusammenfassung, die Komponente aus dem Staatswillen der Einzelnen. Jetzt müssen sich die Herrschenden an den Staatsbürger wenden und müssen ihre Herrschaft im geistigen Ringen mit uns immer wieder neu von einer Majorität bestätigen lassen."

Was hat sich real zwischen „früher" und „jetzt" geändert? Daß die Bourgeoisie heute ohne feudalistische Schranken verschleiert und unmittelbar ihre Klassenherrschaft ausübt. Das zieht Hilferding nicht an. Er tut ein übriges und warnt vor dem Bürgerkrieg als „schwerstes Hemmnis der Verwirklichung des Sozialismus", weshalb die Demokratie unbedingt verteidigt werden muß. Gegen wen? Die Bourgeoisie braucht keinen zweiten Kapp-Putsch. Gegen die rebellierenden Arbeiter, welche die willfährige Hilferdingsche Theorie zur SPD.-Praxis nicht heilig sprechen können!

Worin besteht nun Hilferdings Offenbarung des „höchsten Aktivismus"? In dem Kampf um die Macht, d. h. in der Vorbereitung der nächsten Reichstagswahlen. Die oppositionellen SPD.-Arbeiter werden enttäuscht sein über das Ergebnis dieses Parteitages und die klägliche Rolle ihrer Wortführer. Sie werden weiter vorstoßen, weil sie jetzt merken, was es mit der Demokratie auf sich hat.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

— — — Zum 3. Reichstreffen des RFB. — — —

(Schluß von Seite 1.)

und das russische Proletariat kämpft als ein Teil des Weltproletariats für die Wiedereroberung der proletarischen Macht in Rußland selbst. Nicht „Frieden" ist für das revolutionäre Proletariat die Losung. Kapitalismus ist Krieg und die Antwort des revolutionären Proletariats ist Bürgerkrieg! Bürgerkrieg, Herrschaften!

Aber es bedeutet nicht, daß man — wie die KPD. in Konsequenz des deutsch-russischen Vertrages Millionen für die schwarze und weiße Reichswehr bewilligt! Laßt euch einmal die Abänderungsanträge 2162 und 2163 des deutschen Reichstages zeigen, unterschrieben von Torgler (KPD.) bis Glückner und dem Faschisten Dr. Quaatz. Dort sind bewilligt Millionen für die preußische Polizei bewilligt nebst den dazugehörenden für Reichswehrministerium, Justizministerium, Haushalt für Kriegslasten und Hunderte und Aberhunderte von hohen und höchsten Beamtenstellen, darunter 7 Betriebsleiter und 6 Verwaltungssekretäre unter der Rubrik: „Landwirtschaftliche Beamte"! Es bedeutet nicht, daß man, wie die KPD. laut Urantrag (Nr. 6006) des preußischen Landtages 11 853 505 RMk. für die preußische Polizei bewilligt nebst den dazugehörenden 20 Polizeiobersten, 35 Polizeioberstwachtmeistern, 250 Polizeimajoren, 651 Polizeihauptleuten usw. Der Verrat in Sachsen, der Verrat der Hamburger Arbeiter liegt nur als Einzelheit in der Kette der konterrevolutionären Politik Rußlands seit 1921, deren Ausfluß die konterrevolutionäre Stellungnahme in allen Fragen des proletarischen Klassenkampfes ist, angefangen von der „Gewerkschaftseroberung" bis zum „revolutionären Parlamentarismus" und der „Arbeiter- und Bauernregierung".

Auch der Pfingstaufmarsch des RFB. bewegt sich in der Linie dieser Politik. Wir sind weit davon entfernt, an dem Idealismus, dem guten Willen, der Opferbereitschaft des einzelnen Genossen zu zweifeln. Aber Begeisterung für eine falsche und arbeiterfeindliche Sache nützt dem Proletariat nichts, wie auch die Paraden des Reichsbanners nichts weiter sind als Beweise für die geistige Unreife irregeführter Proletarier. Und gerade heute, wo die Politik Moskaus als Utopie endet, ist es Zeit, die Lehren zu ziehen. Der „neue Kurs" begann mit einem Kampf gegen die wirklich klassenbewußten Arbeiter, begann mit der Zerschlagung des Spartakusbundes und um Massen um jeden Preis. Heute zeigt sich, das diese Politik auf Sand gebaut war. Die Bourgeoisie ist nicht zu „spalten". Die „unterdrückten" Staaten kündigen Moskau die Freundschaft, die Isolierung ist vollkommen, und diese Isolierung wird die konterrevolutionären Klassen in Rußland aufs neue ermuntern, die Einstellung der „Abenteuer" zu verlangen. Der Weg ist bereits beschritten. Von der „Weltwirtschaftskonferenz" des Völkerbundes bis zum „Völkerbund" selbst ist nur noch ein Schritt auf dem beschrittenen Weg. Die Vereinigung mit Amsterdam ist nur eine Frage der Zeit und der Taktik.

Vor jeden klassenbewußten Arbeiter steht daher die Frage der neuen Sammlung, um den Ausgangspunkt zu finden zum neuen Angriff. Sie wird nicht beantwortet durch Schalmeien, Tiraden, Uniformen und militärische Spielereien. Sie kann nur beantwortet werden im Sinne des revolutionären Klassenkampfes nach kommunistischen Prinzipien, wie sie die KAPD. verficht.

Das Ekki hat einen neuen Bannfluch gegen Trotzki und Sinowjew geschleudert und ihnen den Ausschluß angedroht. Moskau kann sich vor den „Agenten Chamberlains" in den eigenen Reihen nicht mehr retten.

Politische Rundschau

in der eigenen Schlinge gefangen

Die Demokratie [illegible]

London, 27. Mai. („Vorwärts") „Das Unterhaus nahm am Freitag wiederum die Debatte über das Gewerkschaftsgesetz auf. Zur Diskussion stand der Artikel über politische Beitragsleistung der Gewerkschaften, welcher bestimmt, daß in Zukunft alle Gewerkschaftsmitglieder, welche ihren Beitrag an die Partei zu entrichten wünschen, dies ausdrücklich und schriftlich mitteilen müssen. Dieser Paragraph wurde mit ganz geringfügigen Aenderungen und trotz lebhaften Protestes und schlagender Argumente seitens der Arbeiterpartei mit Zweckdrittelmehrheit angenommen."

Die „schlagenden Argumente" sind sehr leicht zu erraten. Wenn z. B. die „Arbeiterpartei" den Antrag einbringen würde, daß „man" dieselbe Kontrolle über die Organisationen der Kapitalisten ausüben müsse, würde ein helles Gelächter die Antwort sein. An der Geldsackdemokratie prallen eben die „schlagendsten" Argumente ab und fallen auf jene zurück, die sich als historischen Beruf den Schutz dieser Demokratie auserkoren haben, die Hilferding Mazedonien und Co. Den Arbeitern in England wird auch die Praxis der bürgerlichen Demokratie lehren, daß sie nur das Pseudonym für die Diktatur der Kapitalistenklasse ist, und die Antwort sein muß: **Diktatur des Proletariats!**

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie

Im ganzen Reiche wiederholt sich dasselbe Spiel: Wenn der Demokratie ein Streik nicht genehm ist, fällt sie einen „Schiedsspruch" und erklärt ihn für „verbindlich". Genügt dies noch nicht, wird eine Verfügung erlassen, die die „Führung" des Streiks durch die Gewerkschaften verbietet und den Streik für ungesetzlich erklärt. Die Berliner Metallarbeiter wiederholen nun schon wochenlang mit einer staunenswerten Geduld dieses Spiel, um ja alle „vorgeschriebenen" Instanzen und Formalitäten zu erfüllen, und eine „überwältigende Mehrheit" für den Streik herauszuschinden, um — letzten Endes auf die eine oder andere Weise höchst demokratisch von den Gewerkschaften abgewürgt zu werden.

Wir reden gar nicht von den Forderungen, die bereites Zeugnis davon ablegen, wie bescheiden die Proleten geworden sind, weil sie sich schon an den Hunger gewöhnt haben. Aber darüber müssen sich die Metallarbeiter klar sein: Diese „schlaue" und gewiegt sein sollende — Flizpantoffeltaktik imponiert den Kapitalisten eben so, wie der Bettler vor der Tür. An den gesunden „Stegen" im Reiche, zuletzt in Sachsen sieht doch jedes Kind, daß die Frage so steht: Wollt ihr eigentlich was, oder wollt ihr ein bißchen spielen? Oder glaubt ihr, daß eure famosen Gewerkschaften in Berlin eine Ausnahme machen, und, wenn ihr einen Schiedsspruch auf dem Buckel habt, euch zum Kampf gegen diese Demokratie aufrufen, die sie so schön gebrauchen können, um euch im Zaum zu halten? Dann kömmt ihr lange warten!

Die Zeiten sind vorbei, wo die Arbeiterklasse von den Brocken der herrschenden Klasse, die diese dem Proletariat freiwillig hinwirft, wenn es knurrt, ihren Hunger stillen kann. Der Kampf gegen die unerträgliche Verelendung ist zu einem Kampf gegen die kapitalistische Demokratie selbst geworden, und die Gewerkschaften sind die treuesten Wachhunde dieser Demokratie.

Heraus aus den Betrieben! muß die Losung sein! Gewiß, die ganze Gewerkschaftsmeute wird euch anklämmen, weil ihr keine „Disziplin" haltet. Zum Teufel mit dieser Hottentottendisziplin! **Wann in allen Betrieben Aktionsausschüsse!** Schließt sie zusammen und nehmt so euren Kampf selbst in die Hand. Ruft die gesamte Metallindustrie auf. Gewiß wird die ganze Demokratie gegen euch aufmarschieren, aber ohne den Kampf gegen den Kapitalismus und mit dem Willen der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung ist überhaupt kein Kampf möglich. Ist alles nur Komödie. Die Solidarität des übrigen Proletariats kann nur folgen, wenn endlich diese sinkende Passivität, dieses Zaudern, dieses Ducken, dieses Kuschen abgeschüttelt wird und das Proletariat wieder auf den Plan tritt. Der Hungeroffensive des Kapitalismus kann nur begegnet werden durch den Angriff. Er kann wohl noch ein bißchen hinausgeschoben, nochmal der Riemen enger geschnallt — aber nicht aufgehoben werden. Aber sind wir denn noch nicht weit genug?!

Ein einig Volk von Brüdern

RFB. und Stahlhelm.

Durch die Presse geht folgende Notiz, die wir der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 20. Mai entnehmen:

„Bürgerliede in Magdeburg. Der Magdeburger Polizeipräsident hatte, wie man uns berichtet, die Vertreter der politischen Parteien, der Verbände und der Presse am Mittwoch nachmittag zu einer Aussprache über die beabsichtigten Aenderungen der polizeilichen Maßnahmen bei öffentlichen Umzügen eingeladen. Der Präsident hielt einen kurzen Vortrag über Demonstrationsfreiheit und Polizei. Er führte dabei aus, daß es einen miserablen Eindruck machen müsse, wenn freie Demonstrationen unter polizeiliche Bewachung gestellt würden. Eine Aenderung könne aber nur eintreten, wenn hinsichtlich der Demonstrationen das Kriegsbeil zwischen den politischen Parteien und Verbänden vergraben würde. Es entsteht nun die Frage, ob die Organisationen ihre Leute so in der Hand haben, daß die Umzüge auch ohne polizeiliche Bewachung in Ruhe und ohne Störung der öffentlichen Ordnung vor sich gehen können. Ist die polizeiliche Ueberwachung notwendig, dann müssen wegen der erheblichen Kosten Gebühren erhoben werden. In kürzeren und längeren Ausführungen sprachen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Demokratischen Partei, außerdem die Vertreter des Reichsbanners, Stahlhelmes, des Roten Frontkämpfer-Bundes und des Kyffhäuserverbandes. Alle Redner glaubten, daß einstehen zu können, daß es einer polizeilichen Ueberwachung bei den Demonstrationszügen nicht bedürfe, da sie ihre Leute fest in der Hand hätten. Ausdrücklich wurde die gegenseitige Erklärung abgegeben, daß an dem Tage eines Demonstrationsumzuges einer Partei oder eines Verbandes Gegendemonstrationen nicht stattfinden sollen. Der Polizeipräsident Dr. Meerscheidt erklärte sodann, es würden von nun an ein Tage nur ein oder zwei berittene Schutzleute den Umzug durch die vorgesehenen Straßen führen. Nach Eintreten der Dunkelheit wird etwas polizeilicher Schutz notwendig sein. Die Züge würden aber nicht mehr schutzpolizeilich, sondern nur noch verkehrspolizeilich geleitet werden."

Die „Rote Fahne", die anläßlich des Verbotes einer Gegendemonstration am Stahlhelmtag" nicht genug schreien konnte, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident den Arbeitern das Recht auf die Straße raube, verschweigt natürlich dieses Bild des holden Friedens ihrer eigenen Bonzen mit der Konterrevolution, und überläßt die Rechtfertigung dieses Idylls den Provinzzeitungen, deren Leser wieder die „Rote Fahne" nicht zu Gesicht bekommen. So weiß dann die rechte Hand nicht, was die linke tut. Der „Klassenkampf" der KPD. vom 19. Mai in Halle bringt nun zu diesem Stelldichein einen Kommentar, den wir trotz unseres beschränkten Raumes festhalten müssen. Der „Klassenkampf" schreibt:

„Daß es an sich empörend ist und zu unliebsamen Zwischenfällen führen kann, Demonstrationszüge mit einem zu großen Aufgebot von Polizei „geschützt" werden, haben wir in Halle oft genug erlebt. Und es ist sehr vernünftig (!!), wenn man in Magdeburg die Demonstrationen nur von zwei Mann der Polizei begleiten lassen will. Diese zwei könnten auch noch bleiben! Aber daß man Gebühren für den polizeilichen Schutz fordert, ist nicht nur ein schlechter Witz, sondern auch ein Mittel, um auf bequeme Art Demonstrationen der besitzlosen Arbeiterklasse zu verbieten.

In politisch hochgespannten Zeiten wird die Polizei den Arbeitern sagen, wir müssen Eure Demonstrationen „schützen", also hinterlegt entsprechende Gebühren. Wenn das die Arbeiterschaft nicht kann, wird die Demonstration ganz einfach nicht genehmigt. Ferner ist es wirklich töricht, anzunehmen, auf diese Art Gegendemonstrationen zu unterbinden. Wir werden bestimmt wieder in Zeitabschnitte kommen, wo sogenannte Gegendemonstrationen von seiten der Arbeiterschaft gegen die Garden des Bürgerblocks stattfinden. So etwas ist von vornherein in Magdeburg verboten! Damit hat Magdeburg ein Aus-

[illegible]

Nach französischen Zeitungsmeldungen hat Albert Thomas den Papst in Rom besucht und mit ihm über Arbeitszeitfragen verhandelt. —

•

Zur Eröffnung der Tagung des internationalen Lebensmittelarbeiter-Verbandes in Nürnberg wurde das Lied gesungen: „Wenn ich den Wanderer frage". —

•

Knoll, Bundesvorstandsmitglied des ADGB. macht in der „Gewerkschaftszeitung" Nr. 8 den Vorschlag, daß sich die Gewerkschaftsgenossen mehr mit Schrebergärten und Kaninchenkolonien befassen sollen. —

•

Vom „Korrespondenzblatt" des Deutschen Buchdrucker-Verbandes werden den Mitgliedern Bücher empfohlen, wie Maritt-Romane, Goldlese, Heidegrüßelchen und ähnliches [illegible]

•

Der Hauptvorstand des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes hat auf der Ausstellung für Gesundheitswesen in Düsseldorf die goldene Medaille verliehen bekommen."

•

Aus dem Buch „Im Lande der billigsten Kohle", herausgegeben vom Deutschen Bergarbeiterverband. Dort führt der amerikanische Vizepräsident des amerikanischen Bergarbeiterverbandes in einem Gespräch mit Hussemann folgendes aus: „Das Bollwerk der Demokratie kann nur bei Nationen aufgerichtet werden, wo die Leute ihren Kopf etwas mehr und dafür ihre Zungen etwas weniger gebrauchen. Es ist ein altes Wort und zwar ein wahres, daß die Zungen der Menschen oft in Bewegung sind, während ihr Gehirn stillsteht. So ist es auch mit den Propagandisten der roten und rosaroten Herrschaftsideen."

•

„Der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie stammt wohl von Marx. Aber wir dürfen das Wort Diktatur nicht im Sinne von Marx und Engels gebrauchen. Soziale Demokratie ist nichts anderes als Sozialismus. Demokratie aber bleibt auch, wenn wir in den Sozialismus hinübergehen. Die Demokratie für etwas bürgerliches hinzustellen, heißt ihren Wert für das Proletariat in Frage stellen, und das ist die größte Gefahr für ganz Europa . . . Darum Respekt vor der Arbeiterbewegung. Sie ist die Verwirklichung der Sittlichkeit und Humanität und wir brauchen keinen Schulmeister, der uns erst ethische Grundsätze beibringt." (Aus dem Schlußwort Hilferdings auf dem SPD.-Parteitag in Kiel) —

nahmegesetz geschaffen, das sich nur gegen die Arbeiterschaft auswirkt und den Charakter der Demonstrationen zu friedlichen Sonntagsausflügen herabsetzt."

Daß die Herren des RFB. und der KPD. diesem „Ausnahmegesetz" zugestimmt haben, darüber schweigen die biederen Hallenser Brüder. Sie wissen warum! Dafür vergießen sie Krokodilstränen, daß nun in Zukunft der Kampf gegen den Kapitalismus zu viel Geld für den „Schutz der Polizei" verschlingen wird, und so die Revolution an dem Geldbeutel der Proleten scheitert. Man muß immer wieder die Proleten bejammern, die die Sonntagsspaziergänge der KPD. als etwas anderes als Sonntagsausflüge ansehen und sich der KPD. bei ihren Maskeraden als Statisten zur Verfügung stellen. Man muß aber auch den Mut der KPD.-Bonzen bewundern, die den Proleten einen derartigen Hohn zu bieten wagten. Sie müssen wohl fest überzeugt sein, daß sie die Proleten so „fest in der Hand" haben — wie man Hunde an der Leine führt.

„Der Aufschwung der Sowjetunion"

Von Professor E. Varga.

In „Das neue Rußland", eine von der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" herausgegebene Zeitschrift veröffentlicht der Wirtschaftstheoretiker der III. Internationale einen Artikel über obiges Thema. Wir stellen einleitend zur fest, daß die von Varga gegebene Analyse die charakteristischen Merkmale der bürgerlichen Ordnung: Lohnarbeit und Kapitalakkumulation als etwas im „Arbeiterstaat" selbstverständliches hinstellt, und der Artikel von Varga für den sozialistisch geschulten Arbeiter eine nüchterne und sachliche Bestätigung dafür ist, daß in Rußland nicht das Proletariat, sondern der Kapitalismus die herrschende gesellschaftliche Macht ist. Zum Schluß lassen wir Karl Marx (der wohl auch etwas von Marxismus verstanden haben dürfte), selbst sprechen. Unterstreichungen sind von der R. d. „KAZ."

•

„Im Herbst werden es 10 Jahre, daß das Gesellschaftssystem der Sowjetunion grundlegend umgestaltet wurde. Aber schon heute läßt es sich mit voller Gewißheit feststellen, daß die Wiederherstellung der Wirtschaft und der Kultur nach den großen Verwüstungen des Krieges unter dem neuen System mit ebensolchem Erfolg vor sich gegangen ist, wie in den anderen kriegführenden Ländern innerhalb des kapitalistischen Systems. Dies beweist — von den russischen Quellen abgesehen — die Studie des Völkerbundes über die Produktion von 56 allerwichtigsten Rohstoffen und Lebensmitteln. Diese Studie zeigt, daß die Produktion im Jahre 1925 in der Sowjetunion ebenso wie in ganz Europa ohne die Sowjetunion 104 bis 105 Prozent der Vorkriegszeit beträgt. Die Sowjetunion hat daher bereits im Jahre 1925 das gleiche Niveau im Vergleich mit der Vorkriegszeit erreicht wie die kapitalistischen Länder Europas, neutrale und kriegführende zusammen. Seither ist ein weiterer starker Fortschritt zu verzeichnen.

Dieser Wiederaufbau der Volkswirtschaft der Union ist umso bedeutungsvoller, weil er sich — im Gegensatz zu jener des übrigen Europas — vollzog ohne jene ausländische Hilfe, die die meisten europäischen Länder von Amerika in Form von großen Anleihen in dieser Periode erhalten haben. Abgesehen von kurzfristigen Warenkrediten ist der deutsche 300-Millionenkredit die einzige bedeutende Anleihecperation der Sowjetunion im Ausland. Der Zustrom von ausländischem Kapital im Konzessionswege gegenüber der eigenen Akkumulation der Sowjetunion ist ebenfalls verschwindend klein.

Die Wirtschaft der Sowjetunion hat daher ständig mit einem Mangel an Produktionsmitteln, mit einem Mangel an „Kapital" zu kämpfen. Dieser Mangel verhindert es, die gewaltigen Naturschätze des Reiches voll auszunutzen. Er zwingt dazu eine rasche Akkumulation auf Kosten des laufenden Verbrauchs zu tätigen; er nötigt die Arbeiterklasse und der Bauernschaft vorläufig die Möglichkeit, aus den Errungenschaften der sozialen Revolution einen bedeutend materiellen Nutzen zu ziehen.

Der Versuch, die Höhe der gegenwärtigen Akkumulation in der Sowjetunion zu bestimmen, stößt auf große Schwierigkeiten. Wir haben ein sicheres Element: das ist die im Staatsvoranschlag vorgesehene Summe von 2,4 Milliarden Mark für Neu-Investitionen, Fabrikbauten, Eisenbahn, Kanal, elektrische Stationen, Arbeiterwohnungen usw. Neben dieser im Staatsbudget ausgewiesenen Akkumulation vollzieht sich aber noch eine Akkumulation der einzelnen staatlichen Wirtschaftsorgane außerhalb des Budgets, eine dem wachsamen Auge der Finanzämter mehr oder minder entzogene innere Akkumulation in den Trusts und den einzelnen Staatsunternehmungen in Form von nicht im Staatsplan vorgesehenen Bauten, Erweiterungen, Vermehrung der Rohstoff- und Warenvorräte usw. Es entspricht dies den „stillen Reserven" der kapitalistischen Unternehmungen. Es vollzieht sich außerdem eine starke Akkumulation in den 20 Millionen bäuerlichen Einzelwirtschaften in Form der Vermehrung des Viehstandes, der Ausdehnung der bebauten Fläche usw. Endlich eine Akkumulation des privaten Kapitals, deren Höhe sehr schwer abzuschätzen ist; die Schätzungen schwanken zwischen 225 und 800 Millionen Mark. Wenn wir die Akkumulation bei den Bauernschichten noch so niedrig, wenn wir sie nur auf durchschnittlich 100 Mark ansetzen, so ergibt sich eine bäuerliche Akkumulation von 2 Milliarden Mark, und die Gesamtsumme der Akkumulation kann im laufenden Wirtschaftsjahr auf rund 6 bis 8 Milliarden Mark geschätzt werden, dürfte also ihrer Größenklasse nach mit der Akkumulation des Deutschen Reichs ungefähr gleich sein.

Dieses, bei einem von Haus aus so armen Volk wie das russische, rasche Tempo der Akkumulation ist nur eben durch die Aenderung des Gesellschaftssystems möglich geworden. Vor dem Kriege wurden von dem Produkt der Arbeit des Volkes als bedeutender Teil durch die Besitzer der Grundrente des Adel, des Klerus, die Zarenfamilie zum großen Teil unproduktiv teils im Ausland, teils durch die Einfuhr teurer ausländischer Luxusartikel verausgabt. Ebenso erforderte der gewaltige militärische Apparat viel größere Summen als heute. Dadurch daß diese Summen erhalten blieben, ist eine rasche Akkumulation möglich.

Trotzdem stößt die Entwicklung der Produktionskräfte noch fortwährend auf die Schranke des Kapitalmangels. Die Ueberwindung dieses Kapitalmangels wird vor allem durch die rasche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion gewährleistet. Die landwirtschaftliche Produktion der Sowjetunion ist durch eine verhältnismäßig sehr geringe Neuanlage von Kapital in sehr rascher Weise entwickelbar, da die niedrigen Erträge der landwirtschaft vor dem Kriege dem außerordentlich niedrigen Kulturniveau der russischen Bauernschaft geschuldet war. Durch die seither erfolgte und ständig im Gang befindliche kulturelle Hebung der russischen Bauernschaft, die Vermehrung ihrer agronomischen Kenntnisse ist es bei der ursprünglichen Fruchtbarkeit des Bodens der Sowjetunion möglich, mit denselben oder nur wenig mehr Kapital beanspruchenden Produktionsmitteln einen weitaus größeren Ertrag zu erzielen. Dies bedeutet eine rasche Steigerung der für den Export freien Masse an landwirtschaftlichen Produkten, da der Eigenverbrauch der Bauernschaft bei den meisten Produkten seine natürliche Grenze erreicht hat. Die Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages ermöglicht eben deshalb ein viel rascheres Steigen des für den Export freien Quantums und gibt so die Möglichkeit, Mittel für die Einfuhr von industriellen Rohstoffen und Ausrüstungen für die Industrie zu beschaffen. Die noch raschere Entwicklung der eigenen industriellen Produktion der Sowjetunion in Verbindung mit der äußersten Beschränkung des Luxuskonsums gibt die Gewähr dafür, daß der Kapitalmangel in absehbarer Zeit restlos überwunden und alsbald der Zeitpunkt erreicht sein wird, wo die breiten Massen der Bauern und Arbeiter den Nutzen der Aenderung des Gesellschaftssystems in einem über den gegenwärtigen weit erhöhten materiellen Wohlstand genießen werden.

Dies soll nicht bedeuten, daß es für die Sowjetunion keine schweren aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme gibt. Deren gibt es ein ganze Reihe. Wir wollen die wichtigsten erwähnen:

Das Problem der Arbeitslosigkeit: Es gibt in der Sowjetunion eine starke Arbeitslosigkeit infolge des durch die natürliche Volksvermehrung auf dem Lande verursachten Zustroms der jüngeren Generation in die Städte. Infolge des Kapitalmangels ist es nicht möglich, die Industrie in einem so raschen Tempo zu entwickeln, um alle diese Arbeitskräfte aufzunehmen. Die Sowjetunion versucht jetzt durch die Entwicklung der intensiven mehr Arbeit erfordernden landwirtschaftlichen Kulturen: Zuckerrüben, Textilrohstoffe, Oelsamen usw. für diese Arbeitskräfte in der Landwirtschaft selbst lohnende Beschäftigung zu finden. Gleichzeitig geht großzügige Ansiedlung dieser Arbeitskräfte auf bisher unbenutztem Boden vor sich; eine Aktion, die bei dem Vorhandensein gewaltiger freier Bodenflächen eben nur durch den Mangel an Investitionskapital beschränkt wird.

Das Problem der „Schere": in der Preisgestaltung besteht noch immer eine starke Differenz zuungunsten der Landwirtschaft, insbesondere in Kleidungsstoffen. Die Anstrengungen der Regierung der Sowjetunion gehen jetzt dahin, durch Verbilligung der Produktionskosten in der Industrie die Großhandelspreise zu senken; andererseits durch den Ausbau der genossenschaftlichen Verteilungsorganisationen die Kleinhandelspreise zu senken. Während aber die Großhandelspreise seit 5 Monaten eine sinkende Tendenz zeigen, ist dies bei den Kleinhandelspreisen nur in ganz geringem Maße der Fall. Die Ursache liegt darin, daß infolge des erschwerten Wohlstandes der Bauernschaft das Angebot an bäuerlichen Industriewaren die Nachfrage nicht voll befriedigen kann. Daher nutzen die Kleinhändler, in deren Händen die Warenverteilung im Kleinen zum Teil noch liegt, aber auch Genossenschaften diese Situation aus, um starke Profite zu realisieren. Obwohl die Industrie und die Großhandels-Organisationen staatliche Institutionen sind, so ist ihr Eigenleben, ihr Bestreben, ihr eigenes Unternehmen wirtschaftlich und finanziell in die Höhe zu bringen, stark genug, um diese Gelegenheit zu großen Profiten nicht vorübergehen zu lassen. Die Regierung übt daher gerade gegenwärtig einen außerordentlich starken Druck auf alle staatlichen Unternehmungen aus, um dieselben zu einer Herabsetzung der Preise und zu einer Verbilligung der Produktionskosten zu zwingen. Dies ist um so mehr notwendig, da die geschilderte außerordentlich günstige Marktlage selbstverständlich die Bestrebungen zur Verbilligung der Produktionskosten nicht so dringend erscheinen läßt wie bei freier Konkurrenz. Trotz des immanenten Widerstandes dieser Organisationen wird es in dem Maße der Erneuerung und Verbesserung des industriellen Produktionsapparates gelingen, die Produktionskosten herabzusetzen und die Schere sukzessive auszugleichen. Damit hängt auch das Problem der Bureaukratie unmittelbar zusammen. Es ist selbstverständlich, daß die durch die hohen Preise der Industrieprodukte und die hohen Gewinne der Handelsorganisationen verursachte glänzende Lage dieser Organisationen einen gewissen Konservativismus in bezug auf den Abbau überflüssiger Beamten zeitigt. Dies bedeutet volkswirtschaftlich eine unproduktive Vergeudung von Arbeitskraft, zugleich eine Verlangsamung des Umschlages des Kapitals: beides Nachteile, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt energisch bekämpft werden müssen.

Diese und ähnliche Probleme beschäftigen jetzt die öffentliche Meinung der Sowjetunion. Aber wenn auch die Diskussionen hierüber manchmal scharfe Formen annehmen, so darf man darüber niemals vergessen, daß es sich hier um Schwierigkeiten des Aufstiegs handelt, aber nicht um irgendwelche Existenzfragen der Sowjetunion."

Naturbedingtheit der Arbeit.

(Nach Zak [illegible])

„Soweit der Mensch sich von vornherein zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, als Eigentümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft beizudichten, diese gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß gerade der kein Arbeitsmittel besitzende Arbeiter eben nur die Natur zur Verfügung hat, um Gebrauchswerte zu produzieren, um Reichtum zu produzieren, wie Arbeit Kraft ist, bevor sie durch Kapital gekauft ist, und daß die Natur ihm weder Lebensmittel noch Arbeitsmittel liefert, bevor er sich mit Kapitalisten [illegible] Sklave der Natur, der andern Menschen [illegible] Sklaven der Natur [illegible] Arbeitskraft [illegible] Kapitalisten [illegible] Sklaven der Natur [illegible] Sklaven der Natur [illegible] Sklaven der Natur [illegible]

Arbeitslohn und Arbeitskraft.

(„Lohnarbeit und Kapital")

Der Arbeitslohn ist nur ein besonderer Name für den Preis der Arbeit (Arbeitskraft), für den Preis dieser eigentümlichen Ware, die keinen anderen Behälter hat, als menschlichen Fleisch und Blut.

Nehmen wir einen beliebigen Arbeiter, z. B. einen Weber. Der Bourgeois liefert ihm den Webstuhl und das Garn. Der Weber setzt sein Leben und Blut dem Garn, das Garn wird Leinwand. Der Bourgeois bemächtigt sich der Leinwand, ist ihr Eigentümer und verkauft sie, zu 20 Frank zum Beispiel. Ist nun der Arbeitslohn des Webers ein Anteil an der Leinwand, an den 20 Frank, an dem Produkt seiner Arbeit? Keineswegs. Lange bevor die Leinwand vorhanden ist, vielleicht lange bevor sie fertig gewebt ist, hat der Weber seinen Arbeitslohn empfangen. Der Kapitalist zahlt diesen Lohn also nicht mit dem Geld, das er aus der Leinwand lösen wird, sondern mit vorrätigem Geld. Wie Webstuhl und Garn nicht das Produkt des Webers sind, dem sie vom Bourgeois geliefert werden, so wenig sind es die Waren, die er im Austausch für seine Ware, die Arbeit (Arbeitskraft), erhält. Es war möglich, daß der Bourgeois gar keinen Käufer für seine Leinwand fand. Es war möglich, daß er selbst den Arbeitslohn nicht aus ihrem Verkauf herausschlug. Es ist möglich, daß er sie im Verhältnis zum Webstuhl sehr vorteilhaft verkauft. Alles das geht den Weber nichts an. Der Kapitalist kauft mit einem Teil seines vorhandenen Vermögens, seines Kapitals, die Arbeit (Arbeitskraft) des Webers ganz so, wie er mit einem andern Teil seines Vermögens den Rohstoff — das Garn — und das Arbeitsinstrument — den Webstuhl — angekauft hat. Nachdem er diese Einkäufe gemacht, und unter diese Einkäufe gehört die zur Produktion der Leinwand nötige Arbeit

---

Das Bad

Von Eugen Levine.

Eugen Levine wurde am 5. Juni 1919 in München von den weißen Garden standrechtlich erschossen. Sein letzter Schrei war: „Es lebe die Weltrevolution!"

Ich sitze auf einer Bank im Vorraum des Bades und versuche mich möglichst schnell auszukleiden. Rechts strömt der Ofen eine fürchterliche Glut aus. Von links zieht es kalt durch die zerbrochene Fensterscheibe; wie haben Dezember und 20 Grad Frost. Jetzt wird mich die Tür aufreißen und ein Schwall Dampf von Kälte wirbelt sich in den überheizten Raum. Ein Politischer aus der Transportabteilung" meldet der Aufseher.

Der Oberaufseher nickt.

Mir gegenüber nimmt der Neue Platz.

Für den sein Tode verantwortete, und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte, lacht, fletscht seine bleidend weißen Zähne, dehnt sich und reckt seinen sehnigen Körper, daß die Muskeln hervortreten und hart werden wie Stahl, und die Ketten an den Füßen mit lautem Klirren sich spannen. „Ach! zum Teufel! Was könnte das Leben schön sein! Ja zum Teufel! Sogar hier — wenn wir nur alle acht Tage ins Bad kämen."

•

Kurze Zeit darauf merkt der Gefängnisdirektor, daß er seine „Nebeneinnahmen" beträchtlich erhöhen könnte, wenn er an Holz für das Bad sparen würde. Und so verfügte er denn, daß die Gefangenen nicht wie bisher alle 2 Woch

(Arbeitskraft), produziert er nur noch mit ihm zugehörigen Rohstoffen und Arbeitsinstrumenten. Zu letzteren gehört denn nun freilich auch unser guter Weber, der an dem Produkt oder dem Preise des Produkts so wenig einen Anteil hat wie der Webstuhl.

Der Arbeitslohn ist also nicht ein Anteil des Arbeiters an der von ihm produzierten Ware. Der Arbeitslohn ist der Teil schon vorhandener Ware, womit der Kapitalist eine bestimmte Summe produktiver Arbeit (Arbeitskraft) an sich kauft.

Die Arbeit (Arbeitskraft) ist also eine Ware, die ihr Besitzer, der Lohnarbeiter, an das Kapital verkauft. Warum verkauft er sie? Um zu leben.

Die Arbeit ist aber die eigene Lebenstätigkeit des Arbeiters, seine eigene Lebensäußerung. Und diese Lebenstätigkeit verkauft er an einen Dritten, um sich die nötigen Lebensmittel zu sichern. Seine Lebenstätigkeit ist für ihn also nur ein Mittel, um existieren zu können. Er arbeitet, um zu leben. Er rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr ein Opfer seines Lebens. Sie ist eine Ware, die er an einen Dritten zugeschlagen hat. Das Produkt seiner Tätigkeit. Was er für sich selbst produziert, ist nicht die Seide, die er webt, nicht das Gold, das er aus dem Bergschacht zieht, nicht der Palast, den er baut. Was er für sich selbst produziert, ist der Arbeitslohn, und Seide, Gold, Paläste lösen sich für ihn auf in einbestimmtes Quantum von Lebensmitteln, vielleicht in eine Baumwolljacke, in Kupfermünze und in eine Kellerwohnung. Und der Arbeiter, der 12 Stunden webt, spinnt, bohrt, dreht, baut, schaufelt, Steine klopft, trägt usw. — gilt ihm dies zwölfstündige Weben, Spinnen, Bohren, Drehen, Bauen, Schaufeln, Steinklopfen als Aeußerung seines Lebens, als Leben? Umgekehrt. Das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett. Die zwölfstündige Arbeit dagegen hat ihm keinen Sinn als Weben, Spinnen, Bohren usw., sondern als Verdienen, das ihn an den Tisch, auf die Wirtshausbank, ins Bett bringt. Wenn der Seidenwurm spänne, um seine Existenz als Raupe zu fristen, so wäre er ein vollständiger Lohnarbeiter."

Verewigung der Lohnarbeit.

(„Das Kapital" Band 1 S. 506.)

„Was anfangs nur Ausgangspunkt war, wird später, dank der einfachen Reproduktion ein Resultat, das sich immer wieder selbst erneuert. Einerseits verwandelt der Produktionsprozeß fortwährend den stofflichen Reichtum in Kapital und in Genußmittel für den Kapitalisten. Anderseits kommt der Arbeiter beständig aus dem Prozeß heraus, wie er in ihn eintrat — persönliche Quelle des Reichtums, aber entblößt von allen Mitteln, diesen Reichtum für sich zu verwirklichen. Da vor seinem Eintritt in den Prozeß seine eigene Arbeit ihm selbst entfremdet, dem Kapitalisten angeeignet und dem Kapital einverleibt ist, vergegenständlicht sie sich während des Prozesses beständig in fremdem Produkt. Da der Produktionsprozeß zugleich der Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft durch den Kapitalisten, verwandelt sich das Produkt des Arbeiters nicht nur fortwährend in Ware, sondern in Kapital, Werte, der die wertschöpfende Kraft aussaugt, Lebensmittel, die Personen kaufen, Produktionsmittel, die die Produzenten anwenden. Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive, von ihren eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln getrennte, abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter. Diese beständige Reproduktion oder Verewigung des Arbeiters ist das sine qua non der kapitalistischen Produktion . . .

Der kapitalistische Produktionsprozeß reproduziert also durch seinen eigenen Vorgang die Scheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsbedingungen. Er reproduziert und verewigt damit die Ausbeutungsbedingungen des Arbeiters. Er zwingt beständig den Arbeiter zum Verkauf seiner Arbeitskraft, um zu leben, und befähigt beständig den Kapitalisten zu ihrem Kauf, um sich zu bereichern. Es ist nicht mehr der Zufall, welcher Kapitalist und Arbeiter als Käufer und Verkäufer einander auf den Warenmarkt zurückschleudert und sein eigenes Produkt stets in das Kaufmittel des andern verwandelt."

Die Natur des Kapitals.

„Die Natur des Kapitals bleibt dieselbe in seinen entwickelten wie unentwickelten Formen". „Kapital", Band I S. 235

Anschauungsunterricht

Am 25. Mai fand vor dem Landgericht Hamburg die Berufungsverhandlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen das gerichtliche Verbot, die Betriebe des Norddeutschen Wollkämmerei- und Kammgarnspinnerei-Konzerns zu bestreiken, statt. Die Berufung wurde verworfen, die Kosten dem DTV. aufgebürdet.

Für vier Betriebe des Wollkonzerns ist inzwischen im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der für Arbeiter einen Grundlohn von 52 und 53 Pfennigen (!) festlegt. Facharbeiter im Lohn sollen hierzu einen Zuschlag von 4 bis 7 Prozent erhalten. Die Akkordlöhne sollen so festgesetzt werden, daß 10 bis 20 Prozent über dem Grundlohn verdient werden kann. Neueingestellte Arbeiter sollen in den ersten zwei Wochen 10 Prozent unter dem Grundlohn erhalten.

Den Gewerkschaften ist diese Wirtschaftsdemokratie, vor der Herr Hilferding in Kiel auf dem Bausche lag, natürlich sehr angenehm. Sie brauchen keine Streikunterstützung zahlen, und können sich hinter das Gesetz verstecken, daß sie selbst fabrizieren halten. Die „Schlichtungsordnung" ist ja bekanntlich ihr eigenes Werk. Die Proleten sehen jedoch an dieser Gewerkschaftspraxis, daß sie, wenn sie diese befolgen, sich an der kapitalistischen Gesetzlichkeit selbst aufhängen. Der Kampf des Proletariats ist eben kein „Kampf", zu dem die bürgerliche Klasse die Erlaubnis geben wird, sondern ein Kampf von Klasse zu Klasse, ein Kampf auf Leben und Tod, und der Kampf selbst lehrt den Arbeitern, daß die Gewerkschaften ein Stück dieser kapitalistischen Gesetzlichkeit sind, und zerschlagen werden müssen, um durch den Aufbau von Betriebsorganisationen als die Organisationen der Massenaktion gegen die demokratische Gesetzlichkeit den Kapitalismus überhaupt überwindet, der die Arbeiter in die Barbarei hinabwirft.

Räuber und Soldaten

An diese Spiele kindlicher Romantik wird man lebhaft erinnert, wenn man das Programm der „Jungfrontkundgebung" am 3. Juni im Berliner Sportpalast liest. Neben vielen Rednern, worunter auch ein Redner der chinesischen „Kuomintang-Jugend" ist, verspricht das Programm:

„Vortrag der 700 Schalmeienbläser der RJ. und des RFB.

Vereidigung der 400 Roten Jungfrontkameraden von Groß-Berlin, die im Märzsonderbot in die Rote Jungfront eingetreten sind, durch den Gauführer der RJ."

Ist dieser Rummel nicht genau das gleiche wie unter Wilhelm? Die 400 Jungfrontkameraden, die da „vereidigt" werden, haben bestimmt gar keine Ahnung, was sie überhaupt „beschwören". Wenn sie zufällig einmal eine Broschüre lesen über Grundfrage des revolutionären Klassenkampfes und anfangen zu denken, werden sie zu ihrem Schrecken erfahren, daß sie der leibhaftigen Konterrevolution „ewige Treue" geschworen haben, denn KPD. und Revolution ist doch zweierlei. Es wäre interessant, ein Jahr später zu erfahren, wieviel wohl davon „meineidig" geworden sind? Vielleicht kann man gelegentlich erfahren, was mit den „Fahnenflüchtigen" geschieht. Oder: „Verfallen Verräter der Fehme?" — Die KPD. wird es noch so weit bringen, daß sämtliche Rummel den Bankrott ansagen müssen. Dagegen ist einfach nicht mehr aufzukommen!

Die Kuo Min Tang im eigenen Spiegel

Und die Verbrechen des Bolschewismus am Weltproletariat.

Zum 30. Mai, dem 2. Jahrestage des imperialistischen Blutbades in Schanghai, bei dem mehrere tausend chinesische Proletarier niedergemetzelt wurden, hatte die Sektion Deutschland der Kuo-Min-Tang in Berlin einen Presse-Empfang im Hotel Kaiserhof veranstaltet. Als Tagesordnung war auf den Einladungskarten angegeben:

1. Die Entwicklung der chinesischen Revolution während der letzten zwei Jahre (30. 5. 1925—30. 5. 1927).
2. Die Parteireinigungsaktion der Nationalregierung in Nanking.

Der 1. Punkt der Tagesordnung nahm, so wichtig die achtzigjährige Unterdrückung des chinesischen Riesenreiches durch den europäischen Kapitalismus ist, nur eine untergeordnete Rolle ein. Das Meeting war wohl in erster Linie veranstaltet, um die Oeffentlichkeit aufzuklären über die „Parteireinigungsaktion", d. h. über den Hinauswurf der Bolschewisten aus der Kuo-Min-Tang.

Der Referent zum 1. Punkt schilderte die grauenhafte Lage des chinesischen Proletariats. In deutsche Währung und deutsche Kaufkraft umgerechnet, erhalten z. B.:

	Löhne pro Tag maximal	minimal	Durchschn.
a) Erwachsener Arbeiter			
Spinner und Weber	0,80	0,40	0,60
Grobschmiede und Mechaniker	1,30	0,65	0,98
Bergarbeiter	1,20	0,60	0,90
Arbeiter in Seidenfabriken	0,80	0,40	0,60
Anderer Arbeiter	1,08	0,40	0,74
b) Weibliche Arbeiter:			
Spinnerin und Weberin	0,66	0,40	0,53
Arbeiterin in Seidenfabriken	0,66	0,33	0,50
Andere Arbeiterinnen	0,33	0,10	0,22
c) Kinder:			
Spinner und Weber	0,40	0,16	0,28
In Seidenfabriken	0,40	0,16	0,28
In anderen Fabriken	0,33	0,27	0,30

Es erhält also ein erwachsener Arbeiter für einen Tag Arbeit durchschnittlich etwa 73 Pfennig, während der Lohn für Frauen täglich etwa 43 Pfennig, für Kinder sogar nur 23 Pfennig beträgt. Mit diesem winzigen Einkommen müssen die Arbeiter sich kleiden, Nahrung und Wohnung usw. beschaffen. Man braucht nicht viel zu rechnen, um zu wissen, daß der chinesische Arbeiter bei derartigen Löhnen in einem sich ständig verschlimmernden Elend lebt. Seine Lage ist einfach nicht mehr menschlich zu nennen. Deshalb durfte man auch nicht erstaunt sein, als die chinesischen Arbeiter ihr Elend nicht mehr tragen wollten und bereit waren, sich jeder Bewegung anzuschließen, welche die Aussicht bot, die Ausbeutung durch die Imperialisten abzuschaffen. Es kam zu mancherlei Verzweiflungsausbrüchen, die aber nur mit desto schärferen Grausamkeiten durch die Imperialisten beantwortet wurden. Die Ereignisse vom 30. Mai 1925 sind nur ein Bild aus dieser Bewegung.

Der Kampf des Imperialismus geht, wie der Referent ausdrücklich betont, um die chinesischen Rohstoffe, um die Absatzmärkte und in erster Linie um die billige Arbeitskraft. Seine Werkzeuge, die sog. Generale, seien nichts weiter als — landläufig, uns verständlich, kriminalistisch ausgedrückt — Verbrecher. Tschangtsolin z. B. war Räuberhauptmann, andere ebenfalls, wieder andere Kriminalverbrecher auf eigene Faust, was bei der ökonomischen Lage der unterdrückten Massen Chinas zwar kein Wunder, nach der Ideologie der Kuo Min Tang-Bürger aber sehr verwerflich ist. Das Mittel des Imperialismus war ständig die Bestechung der zu „Generalen" aus eigener Machtvollkommenheit avancierten Räuber, um mit ihren Banden, Militär genannt*), das Land in Unruhe zu halten.

Was ist, und was will nun die Kuo Min Tang? — Aufstände zu inszenieren, um dann Anlaß zu Repressalien, zu Erpressungen, Unterdrückungen und zu abschreckenden Blutbädern zu haben.

Beide chinesische Referenten und alle chinesischen Redner verkündeten das nun um kein Jota anders, als wir, als die Presse der KAP., es dem Proletariat seit zwei Jahren hundertmal in die Ohren geschrien haben. Die Kuo Min Tang kämpft — wie die Referenten und die Redner der Kuo Min Tang im Kaiserhof ausdrücklich betonten — um den Imperialisten die Macht und die Wirtschaftsmittel zu entreißen, damit das chinesische Bürgertum selbst die Rohstoffe, den Markt und die billige Arbeitskraft ausbeuten kann. Dazu bedient sich die chinesische Bourgeoisie derselben Räuber und ihrer Banden und empfängt sie mit Ehren und offenen Armen, wenn sie zu ihr kommen, was meistens geschieht, wenn die Imperialisten schlecht und langsam bezahlen.

Mit diesen Herrschaften hatten sich — und damit kommen wir zum 2. Punkt der Tagesordnung des Presse-Empfangs im Kaiserhof — die Bolschewisten auf Gedeih und Verderb verbündet, in ihre Partei waren sie bedingungslos eingetreten. Wenn die russische Regierung und ihre Prawda-Ableger in aller Welt („Kommunisten" nennen sich irreführend der Referat die leninistischen Faschisten), jetzt schreien, Chiangkaischek sei ein Verräter, so sei dies Unrecht und Demagogie. Chiangkaischek sei eine etwas anderes gewesen als was er heute ist. Und die Kuo Min Tang stehe heute so hinter diesem gekrönten Führer wie immer und heiße heute so wie stets alle seine Taten und Maßnahmen gut. Als die Bolschewisten, die russischen und die chinesischen, in die Kuo-Min-Tang eintraten, haben sie — und dies betonen die Referenten und die chinesischen Redner sehr scharf und wiederholt, die Statuten der Partei unterschrieben und anerkannt und sich ausdrücklich verpflichtet, jeglichen Klassenkampf zu unterlassen und ihn zu bekämpfen, wo sich die Arbeiter zur Rebellion aufraffen. Mit diesem Bekenntnis der Bolschewisten verzichte man die eingangs genannten Löhne und beurteile den Wert der deutschen KP. und der 3. Internationale danach. An den Taten Chiangkaischeks ist die 3. Internationale mitschuldig. Wenn die Russenpapiere heute Zeter und Mordio schreien über die hingemetzelten chinesischen Proletarier, so treiben sie heute Schindluder mit ihren eigenen Opfern im Interesse des russischen kapitalistischen Aufbaus, genau so, wie sie Geschäfte machen mit den Opfern ihrer Politik, etwa wie mit den Hamburger Oktoberkämpfern.

Die Kuo Min Tang hat nach dem Referenten mit Kommunismus nie etwas gemein gehabt. Ihre Prinzipien seien:

Nationalismus, Sozialismus und Demokratie.

Unter Sozialismus sei aber weiter nichts zu verstehen, als eine Bodenreform in deutschem Sinne, Zerschlagung der Latifundien, das Land den Bauern, also Kapitalismus in agrarischer wie in industrieller Hinsicht. Klassenkampf, d. h. Kampf des Proletariats gegen die einheimische Bourgeoisie schließen die Statuten der Kuo Min Tang aus und diese Statuten hätten die Bolschewisten vollinhaltlich anerkannt und ursprünglich auch gehalten. Gleichzeitig aber hätten die Bolschewisten es auch mit den schlimmsten Feinden der chinesischen bürgerlichen Revolution gehalten, mit den Großagrariern der Peking-Regierung, ja, früher sogar mit dem englischen Imperialismus. Lediglich weil Rußland seine erhofften wirtschaftlichen Vorteile in China nicht erreicht hätte, nutze es jetzt die Proletarierrebellionen und die Proletarierleichen, um das Proletariat in aller Welt zu düpieren. In Wirklichkeit seien die Bolschewisten reaktionärer als die Kuo Min Tang. Eine große Anzahl Aeußerungen von Arbeitervereinen und Arbeiterführern, die der Referent zu diesem Punkt im Original hatte, bestätigen, daß die Bolschewisten die Arbeiterinteressen weniger vertreten als die Kuo Min Tang. Und wie die Kuo Min Tang Arbeiterinteressen vertritt, davon zeugen die Massakers der Generale Chiangkaischeks und Li's.

Einen linken Kuo Min Tang-Flügel gäbe es nicht! Dieser sei eine Erfindung Moskaus, einiger ausgeschlossener Renegaten, die gar nichts hinter sich hätten.

Auf Anfragen von Gästen antworten die Chinesen, daß die Kuo Min Tang die Niedermetzelung der Proletarier durch Chiangkaischek gedeckt habe und noch decke, ebenso die Hinrichtungen Li's. Das sei nötig, um die „Ruhe und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Auch die Bolschewisten in Rußland hätten linke Arbeitergruppen, Kommunisten, die Arbeiterinteressen vertraten, niedergemetzelt. Unter den 18 000 niedergemachten Arbeitern des Kronstädter Aufstandes, standen die meisten links von der KPR. wie die Bundesbrüder der Bolschewisten sehr richtig sagten.

Das Presse-Meeting der Kuo Min Tang hat uns nichts neues offenbart. Aber es ist wertvoll, von der Kuo Min Tang selbst bestätigt zu erhalten, was wir bisher den Arbeitern über diese und über die Bolschewisten sagten. Der leninistische Faschismus, der unter der Flagge des Kommunismus segelt, hat in China seinem Verbrechen am Weltproletariat die Krone aufgesetzt. Die Kuo Min Tang ist eine kapitalistische Partei, sie hat nie etwas anderes von sich behauptet. Der Bolschewismus aber hat noch in aller Welt, wenn auch wenig, so doch immerhin noch Arbeitermassen hinter sich. Den Bolschewismus als das zu entlarven was er ist, als Faschismus, daß ist die wichtigste Aufgabe der revolutionären Arbeiterschaft der nächsten Zukunft, damit die Arbeiterklasse die Organisationen stärkt, mit denen sie sich vom kapitalistischen Joche befreien kann. Das ist die KAP. als revolutionäre politische Partei und die nach dem Räteprinzip aufgebaute AAU. als Klassenorganisation.

*) Der Referent blieb die Definition schuldig, weshalb nur die chinesischen Generale und ihre Soldateska Räuber sind. Liegt der Unterschied in dem Selbstavancement und weil sie von den Feinden der Kuo Min Tang gekauft sind?

Proletarisches Notizbuch

Die bayerische Demokratie hat ein beabsichtigtes „Reichsbannertreffen" in München verboten. Eintreffende Trupps von Reichsbannern, die von dem Verbot nicht benachrichtigt werden konnten, wurden in Augsburg und München von den Hakenkreuzlern verprügelt. Darauf wurde auch das Tragen von Uniformen verboten.

Die russische Regierung hat die Hindenburg-Republik mit der Wahrung der russischen Interessen in England beauftragt. Die Weltrevolution ist also in guten Händen.

Die italienische Faschisterei mordet unentwegt weiter. Fünf Arbeiter, darunter zwei Frauen, wurden erst zum Tode verurteilt, nachdem zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Zehn weitere Angeklagte zu 1½ bis 15 Jahren Zuchthaus. — Rußland beführchtet, daß diese Verbrecherregierung die Freundschaft mit dem „Arbeiterstaat" kündigt, und betreibt fortgesetzt seine Friedensbereitschaft.

Die ungarischen Henker. Budapest, 29. Mai. (IRH.) Der ehemalige Volkskommissar Rakosi wurde bekanntlich zu achteinhalb Jahren Zuchthaus, Zoltan Weinberger zu sechs Jahren, die anderen Angeklagten desselben Prozesses zu Gefängnisstrafen von einem bis vier Jahren verurteilt. Die „königliche Tafel" hat dies „Urteil" bestätigt.

Metallarbeiterstreik in Bremen. In Bremen sind die Metallarbeiter von dreißig, meist Großbetrieben, u. a. der Hansa-Lloyd-Werke, der Norddeutschen Waggonfabrik und der Deutschen Dynamo-Werke in den Streik getreten. Der Grund liegt in der Ablehnung der Unternehmer, den Achtstundentag und längeren Urlaub anzuerkennen. — Es wurde ein Schiedsspruch gefällt und verbindlich erklärt.

Mitteilungen

Die nächste Nummer der „KAZ." erscheint Mittwoch nach Pfingsten.

Achtung! Rheinland-Westfalen und Südwest!

Am Sonntag, den 10. Juli findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der Allg. Arb.-Union Rhld.-Westfalen und Südwest statt.

Provisorische Tagesordnung: 1. Organisatorisches (a. Tätigkeitsbericht des BAA. und Kassenbericht, b. Bericht der Ortsgruppen); 2. Wirtschaftspolitische Lage und unsere Aufgaben im Bezirk; 3. VRUK.; 4. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Ortsgruppen, sich mit der Bez.-Konferenz zu befassen und Anträge bis Montag, den 20. Juni, an den BAA. einzusenden. Lokal und Zeit wird mit den Anträgen nach dem 20. Juni den Ortsgruppen bekannt gegeben!

KAJ., Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 9. Juni, abends 7,30 Uhr, findet eine Mitglieder-Versammlung im Lokal Koch, Charlottenburg, Schillerstr. 75, statt. Alle Genossen müssen bestimmt erscheinen. Der BAA.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Bestell-Zettel!

Ich bitte hiermit um 2 malige kostenlose Probezustellung der

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 16, Lausitzer Platz 13 zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

8. Jahrg. Nr. 43

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Juni 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Das kriegerische England — und das friedliebende Rußland

Die gesamte Welt ist von dem englisch-russischen Konflikt erfüllt. Die von dem englischen Innenminister vorgenommene Haussuchung in der Arcos, der eigentlichen russischen Handelsdelegation, hat die Frage des Bolschewismus wieder für die kapitalistischen Regierungen akut gemacht. Selbstverständlich hat die 2. Internationale ihre antibolschewistische Front, zugleich ihren Haß gegen alles was kommunistisch ist, ebenfalls bewiesen. Sie nimmt geschlossen für die Berechtigung der herrschenden Klassen zum Kampf gegen die revolutionäre Propaganda Stellung. Die sonst so russenfreundliche Labour Party will auch die „britische Nation" von der kommunistischen Zersetzung retten. Sie begnügt sich mit einer parlamentarischen Untersuchungskommission, trotzdem sie weiß und aus den Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie wissen muß, daß der Kampf gegen den Bolschewismus nur das äußere Gewand, der populäre Mantel, für den Kampf gegen die Arbeiterschaft überhaupt ist. Der englisch-russische Konflikt ist weiter nichts als eine Fortsetzung des mit dem Antistreikgesetz begonnenen Feldzuges gegen die bisherigen Rechte der Arbeiterschaft. Gerade die Haltung der englischen Bergarbeiter und besonders die von ihnen gegenüber dem Druck des englischen Kapitals bewiesene Zähigkeit wird von der englischen Bourgeoisie auf die ideologische und materielle Unterstützung durch die russische Regierung zurückgeführt. Diese Einmischung in die inneren Auseinandersetzungen wurde von dem englischen Kapital als ein unerhörter Eingriff und eine starke Bedrohung für die Zukunft empfunden, trotzdem in Wirklichkeit der Einfluß Moskaus und der damit zusammenhängende materielle Verlust verhältnismäßig gering war. Der Labour Party, die diese Einmischung in ihren Wirkungskreis ebenfalls als Verletzung ihrer Souveränität empfand, ist die mit dem Bruch mit Rußland verbundene Nebenwirkung ihrer eigenen Entlastung nicht unangenehm. Sie verliert damit immerhin eine lästige Opposition und auch die Belastung mit dem sog. Moskauer Diktat. Um dieser rein persönlichen Vorteile verrät die Labour Party die Interessen der Arbeiterschaft. Es soll damit natürlich weder gesagt werden, daß die russische Propaganda ein revolutionärer Faktor ist, noch daß es Aufgabe der Arbeiterschaft sei, sich schützend vor Rußland zu stellen, sondern es soll mit dieser Darstellung nur nachgewiesen werden, daß die internationale Sozialdemokratie fortfährt, ihre Judasrolle in der Arbeiterbewegung zu spielen. Das Gefühl für die ganz selbstverständliche Solidarität gegenüber dem die Arbeiterschaft angreifenden Kapital ist ihr völlig abhanden gekommen. Daraus ergibt sich der vorwiegend innenpolitische Charakter des Vorstoßes der englischen Bourgeoisie gegen die russische Regierung.

Ferner waren für sie auch maßgebend die ihr durch die Russen verursachten asiatischen Schwierigkeiten. Zur Zeit des Vorstoßes der englischen Regierung war der von Moskau in China organisierte Widerstand gegen das englische Kapital so gut wie zusammengebrochen. Die Kantoneser Bewegung hatte keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung, besonders in der Bauernschaft, so daß augenblicklich von dieser Seite keine Gefahr drohte. Gleich wohl waren die Verluste des englischen Kapitals durch die russische Episode in den Kämpfen um die Erhaltung der englischen Machtposition in China erheblich. Ein wesentliches Hindernis für ein rigoroses und die Gegenbewegung im Keime erstickendes Vorgehen war die russische Propaganda in England selbst für die Freiheitsbewegung des erwachenden China. In der Arbeiterschaft wurde auf diese Weise eine lebhafte Sympathie für China erweckt und das militärische Eingreifen erschwert. Die von der dritten Internationale betriebene Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker war, wie schon in der „KAZ." betont, von dem gegen das englische Kapital gerichteten russischen Imperialismus diktiert. Ihre Unterbindung bildet für das englische Kapital eine sehr wichtige Frage, da mit ihr in engem Zusammenhang die Erhaltung und Erweiterung des asiatischen Marktes steht. Dieser Markt ist aber auch dem Selbständigwerden der einzelnen Kolonien die stärkste Zukunftsposition für das englische Kapital. Je früher sich in Asien die Emanzipation von England vollzieht, um so geringer sind die Aussichten für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des englischen Mutterlandes. Die Augenblickserfolge der russischen Propaganda in China haben die Feindlichkeit der englischen Bourgeoisie verstärkt. Das englische Kapital ist das von Rußland am meisten bedrohte europäische Kapital, weil die gegenseitigen, wirtschaftlichen Interessen am schärfsten gegeneinanderstehen. Die wirtschaftliche Expansion Rußlands kann sich nur im Kampf mit dem englischen Kapital vollziehen. Rußland wendet dabei die von Deutschland schon im Weltkrieg angewendeten Methoden der Unterstützung der nationalistischen Bewegungen an. Die irische Freiheitsbewegung, der heilige Krieg der Mohammedaner gegen England und die indische Selbständigkeitsbewegung wurden damals als schärfste Kampfmittel angewendet. Der Unterschied ist nur, daß die russische Regierung sich bei der Propaganda und Durchführung ihrer imperialistischen Politik mit der revolutionären Gloriole umgibt. Den Kampf für das neurussische Kapital führt sie im Namen der kommunistischen Idee, als deren Aufgabe sie es hinstellt, neue kapitalistische Nationalstaaten zu schaffen. Merkwürdig ist nur, daß diese „revolutionäre" Politik sich auf ganz bestimmte der russischen Ent-

Ein rotes Verwirrungsmanöver

Motto: Da stehst Du nun und bist betroffen,
Das Volk wie katzenjämmerlich,
Und gestern noch so schön besoffen.

„Berlin bleibt rot!" Das war der Schrei der KPD. am 8. Mai bei Gelegenheit des Stahlhelmtages, und da ihr, ganz gelegen, von dem freigewerkschaftlich organisierten Polizeipräsidenten Zörgiebel so etwas wie eine Gegendemonstration auf der Straße verboten war, mobilisierte sie den RFB. zum Pfingsttreffen nach Berlin. Alle Register der Propaganda wurden gezogen und mit beiden Füßen die Bälge getreten. Angefangen von dem Breitkneten einer Rede des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski über die hohen polizeilichen Unkosten solcher demonstrativen Schaustücke und deren Einsparung als angebliches Verbot des roten Treffens, bis zu den schönsten Lobhudelungen über die zu Fuß nach Berlin marschierenden RFB.-Leute. Besonders in den letzten Tagen nahm die ideologische Stimmungsmache klotzige Formen und Ausdehnung an. Geradezu widerlich machte die Berliner Prawda in Polizeiströmmigkeit. Tag für Tag versicherte das Zentralorgan, daß die Polizei Zörgiebels keinen wärmeren Freund habe wie den RFB., der selbst für Ordnung sorgen werde, so daß den armen Schupobeamten der Pfingstursaub um keine Stunde gekürzt werden brauche. Der RFB. machte Probealarmierungen und appellierte nicht ohne richtigen Instinkt an die Gastfreundschaft der Berliner Arbeiterschaft. Rote Fahnen und Grünzeug dekorierten die Straßen. Die Jünger Moskaus haben von ihrem Herrn gelernt, wie durch meisterhafte Inszenierung von Paraden die Massen narkotisiert werden.

Zum Unterschied vom vorigen Jahre, wo die schlechte organisatorische Vorbereitung des Reichstreffens selbst dem Dümmsten auffiel, hatten die Regisseure diesmal besser gearbeitet. Nichts war vergessen, von der Girlande und dem Transparent angefangen, über den Quartiermacher bis zum Empfang des bürgerlichen Presseschmoks, dem man die ganze Harmlosigkeit der Rot-Frontveranstaltung in einem extra Referat servierte, um den letzten Rest von Angst der honetten Bourgeoisie zu verscheuchen. Damit war der politische Charakter dieses Spektakelstückes schon enthüllt. Es handelt sich nicht um eine proletarische Kampfansage und deren praktische Vorbereitung an die bürgerliche Ordnung, sondern um eine Stimmungsparade der KPD., die den Bankerott der Politik der 3. Internationale verdecken und die ausgebrochenen Massen wieder einfangen sollte.

Denn das ganze Gerede von der Ueberparteilichkeit des RFB. ist nichts wie eine alberne Phrase. Der RFB. ist die Prätorianergarde der KPD., die auf Parteibefehl parieren muß. Jede Opposition gegen die Moskauer Politik wird mit dem Bannfluch geahndet. Er bildet eine jener Randorganisationen, mit der die deutsche Sektion die russische Neppolitik veredeln, die Schwierigkeiten der Außenpolitik beleben und den Weg nach Amsterdam ebnen will. Wir leugnen nicht den guten Glauben vieler ehrlicher Proletarier, die aus allen Gauen des Landes, oft unter großer Mühe und Aufopferung zusammengeströmt waren. „Stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben", wie es so schön im Kampfgelöbnis heißt, während sie in Wirklichkeit von der KPD. als Vorspann vor den im reformistischen Sumpf steckenden Parteikarren gespannt wurden.

Die proletarische Revolution hat ihren ersten Waffengang mit dem Kapital hinter sich und rüstet zum zweiten Ansturm. Aus der Romantik wird Ernst. In der vorbereitenden Entwickelung dieser Epoche ist es nicht die einzige Aufgabe des Proletariats, Zielübungen mit Modell 98 zu machen und mit der Antigesetzlichkeit zu kokettieren, aber eine sammelnde und sich zählende Heerschau, die das Kraftbewußtsein des Proletariats stärken will, um „den revolutionären Kampf für den Sturz der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie zu führen", hat nichts zu tun mit dem bombastischen Tamtam und dem Kulissenzauber, wie es das 3. Reichstreffen war. Trotz der Sympathien und der Massen, die sich auf den Beinen befanden. Freitag: „Schwur der roten Jungfront". Wenn es auch kein Ballhausschwur war, so aber doch einer im Sportpalast. Samstag: „Empfang der Kameraden". Genau wie bei den Preußen. Sonntag: „3000 Schalmaien, Ansprache, Internationale und Uebergabe einer chinesischen Fahne mit den Farben der chinesischen Noskepartei, die eben erst der revolutionären Vorhut durch Henkersband die Köpfe vor die Füße legen ließ.

Das politische Programm des Reichstreffens ist nicht das stolze Erbe der Bastillestürmer und der Pariser Kommuneheiden, oder der roten Matrosen von Petersburg und Kiel. Es ist auch nicht das Küsten der Revolution zur entscheidenden Auseinandersetzung mit dem Kapital, sondern eines jener großen ideologischen Manöver zur Gehirnmassage des Proletariats, damit es die Liquidierung der Weltrevolution durch die 3. Internationale und die Unterstützung des angestörten Aufbau des russischen Staatskapitalismus als seine Klassenaufgabe betrachtet.

Die nachkriegszeitliche Entwickelung des Kapitalismus hat trotz Völkerbund und allem Wedeln mit der Friedenspalme zu neuen Komplikationen und Konflikten geführt. Im fernen Osten ist die russische Außenpolitik auf den früheren Beherrscher der Welt, auf England, gestoßen. Der Gegensatz hat zu einem allerdings nur von einem Teil des englischen Kapitals unterstützen Abbruch der Beziehungen geführt. Die 3. Internationale gab die Parole heraus: „Hände weg von Rußland". Nun überschreit sich das Sektionsecho in allen Sprachen und Tonarten. Auch beim Reichstreffen bildete der Kampf für den Frieden den Hauptschlager. Der verklärende Glanz der Oktoberrevolution dient dazu, die revolutionäre Klassenaufgabe des Weltproletariats mit der Verteidigung der russischen Staats- und Neppolitik zu identifizieren. Dieselbe Staats- und Wirtschaftspolitik, die die deutsch-militärische Konterrevolution von 1923 bis 1926 gegen bare Zahlung mit Munition versah. Die eben noch schützend sich vor die Blutpolitik der Kuomintang in der chinesischen Revolution stellte. Der Bundesvorsitzende Thälmann, angetan mit der russischen Ehrenuniform, gab in einem Begrüßungsartikel in der „Roten Fahne", worin er das Kommunistische Manifest kopierte und „verbesserte" — „wir kennen kein Vaterland außer Sowjetrußland" — das Stichwort. Die einfachste, aber reaktionäre Formel, russische Staatsinteressen sind proletarische Klasseninteressen, umrahmt mit roten Fahnen, Musik und Paukenschlag, sollte den ramponierten Schild der KPD. wieder herstellen und die gelichteten Reihen auffüllen. Das war das A und O des 3. Reichstreffens. Aber alle Flaggen, Girlanden, Uniformen, Reden und Schalmeien dieses Verwirrungsmanövers können auch trotz des schönen Rausches die kommende Ernüchterung nicht aufhalten. Denn die Politik der KPD. ist an den russischen Staatskarren gekettet. Russische Politik ist kapitalistische Bündnispolitik geworden trotz der augenblicklichen Spannung mit England und keine weltrevolutionäre Klassenpolitik mehr.

Es ist die Aufgabe einer wirklichen revolutionären Organisation, die Gründe und Zusammenhänge dieser Entwickelung dem Proletariat aufzuzeigen, damit nicht ein gut Teil ehrlich proletarischen Willens und begeisterte Aufopferung für ein konterrevolutionäres, ideologisches Manöver hingegeben, später in Enttäuschung und katzenjämmerlichen Pessimismus endet, sondern, daß der Wille zum praktischen Handeln, gestärkt durch die Erfahrungen der Revolution, in die Front für den siegreichen Kommunismus eingereiht wird.